



KPÖ
Elke Kahr

**»DA SIND WIR
ABER IMMER
NOCH«**

**Die KPÖ Graz und die Gemeinderatswahl
vom 28. Juni 2026 – eine Textsammlung.**

KPÖ
BILDUNGSVEREIN

INHALTS- VERZEICHNIS

6 **Grazer Lektionen**

Gerlinde Pölsler, Falter

10 **Diese kommunistische Bürgermeisterin macht das Leben besser**

Nava Ebrahimi, Süddeutsche Zeitung

14 **Elke Kahr zeigt, wie linke Kommunalpolitik aussehen kann**

Magdalena Berger, JACOBIN-Magazin

18 **Den Sozialismus auf kommunaler Ebene aufbauen?**

Tim Kürger, Lower Class Magazine

32 **Die nachhaltige Revolution der Elke Kahr**

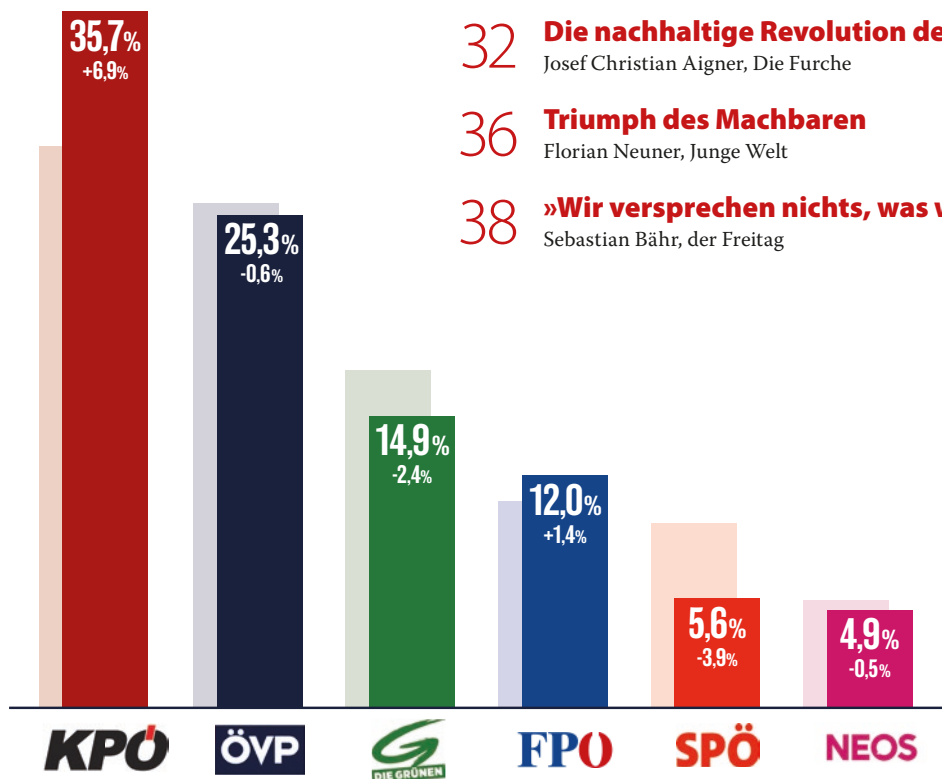
Josef Christian Aigner, Die Furche

36 **Triumph des Machbaren**

Florian Neuner, Junge Welt

38 **»Wir versprechen nichts, was wir nicht halten können«**

Sebastian Bähr, der Freitag



IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:
Bildungsverein der KPÖ Steiermark
ZVR-Zahl: 174043739;
Anschrift: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Telefon: 0316/712959,
Mail: bildungsverein@kpoe-steiermark.at

FÜR EIN GRAZ, DAS ZUSAMMENHÄLT

Als „Betriebsunfall“ wurde es gesehen, dass die KPÖ 2021 zur stärksten der Parteien in Graz wurde und mit Elke Kahr erstmals eine Frau, eine Tochter einer Grazer Arbeiterfamilie und eine Kommunistin an die Spitze der zweitgrößten Stadt Österreichs trat. Noch viele Grazerinnen und Grazer erinnern sich an ihr Staunen und ihre Gefühle von damals.

Dass die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ scheitern würde, wurde im politischen und medialen Establishment von vielen behauptet und auch von nicht wenigen gehofft. Denn es standen nicht mehr Investoreninteressen, Lobbys und teure Prestigeprojekte im Mittelpunkt, sondern die alltäglichen Bedürfnisse der Menschen.

Die Grazer Stadtregierung hielt mit menschlicher Politik dagegen, als Bundes- und Landesregierung bei denjenigen kürzten, die keine Lobby haben, um ihre superreiche Klientel zu bedienen. Sie hob sich vom politischen Establishment dadurch ab, dass statt auf mediale Polemiken und untergriffige Quick Wins auf ein solidarisches Miteinander auf Augenhöhe setzte.

Fünf Jahre später stand diese Art Politik zu machen auf dem Prüfstand. Die Hoffnung aller, die eine kommunistische Bürgermeisterin als „Betriebsunfall“ sehen, erfüllte sich nicht. Die KPÖ gewann noch einmal 6,9 Prozent dazu und ist mit 35,7 Prozent und 18 Mandaten nun die weitaus stärkste Fraktion im Grazer Gemeinderat.

Zur zentralen Herausforderung der kommenden Jahre wird die finanzielle Situation. Wie viele Städte und Gemeinden in Österreich steht auch Graz durch Pandemie, Kriege, Teuerung, schwache Konjunktur, steigende Kosten und wachsende Pflichtausgaben unter erheblichem Druck. Strukturelle

Ungerechtigkeiten durch den Finanzausgleich sowie zusätzliche Belastungen durch Entscheidungen und Kürzungen auf Bundes- und Landesebene treffen die Stadt hart.

Vor diesen Problemen wird sich die KPÖ nicht wegduckern. Sie wird aber nicht neoliberalen Dogmen, die sich als „Sachzwänge“ tarnen, folgen. Sie wird nicht den Weg von Privatisierungen und des Verkaufs öffentlichen Eigentums gehen, wie das in anderen Städten passiert. Auch in Zeiten der Krise wollen wir gemeinsam mit der Bevölkerung den Weg einer sozialen, solidarischen und umweltgerechten Stadtentwicklung weitergehen, die alle Menschen im Blick hat und nicht finanzstarken Lobbys und wenigen Reichen dient.

Wie es auch im Juni 2026 zu einem denkwürdigen Wahlabend gekommen ist und wie der lange Weg der Grazer KPÖ aussieht, darüber soll diese Sammlung von Texten Auskunft geben. Mit Einverständnis der Autor:innen dürfen wir als Bildungsverein der KPÖ Steiermark euch, geschätzte Leser:innen, eine Auswahl an Artikeln präsentieren, die in den Monaten vor und nach der Wahl erschienen sind und Einblicke in unsere Arbeit geben.

Ergänzt sind die Texte um Fotos aus der Wahlbewegung, mit denen wir Danke sagen wollen an alle Genoss:innen, Aktivist:innen und Freund:innen, die mit ihrem engagierten Einsatz zu diesem Erfolg beigetragen haben!

Wir wünschen eine interessante und erhellende Lektüre!

KPÖ
BILDUNGSVEREIN





Kommentar von Gerlinde Pölsler
im **Falter** 27/2026, 30. Juni 2026, *falter.at*

GRAZER LEKTIONEN

**Die Kommunisten gewinnen dazu –
und wenige sind schockiert:
In der zweitgrößten Stadt des Landes
geht es nicht um Systemfragen.**

Die Grazer Kommunisten haben mit ihrer Bürgermeisterin Elke Kahr etwas Besonderes geschafft: Sie wurden in allen Lagern fündig. Wählerstromanalysen, die die Gemeinderatswahl vom Sonntag mit jener von vor fünf Jahren oder mit der steirischen Landtagswahl 2024 vergleichen, zeigen: Die KPÖ hat den linken Konkurrentinnen wie der SPÖ und den Grünen zahlreiche Stimmen abgeknöpft. Von jenen, die in Graz 2021 Grün wählten, kreuzten diesmal 28 Prozent die KPÖ an, von den SPÖ-Wählern taten dies 14 Prozent. Aber auch bei Neos und Freiheitlichen wilderten die Kommunisten, und sie holten Nichtwähler zurück. Die Lehren daraus?

Erstens: Es klingt wie eine Binsenweisheit, aber das Beispiel von Graz zeigt doch deutlich: Wo sich Politikerinnen und Politiker nahbar geben, da fassen die Wähler Vertrauen. Das kann man auch in Salzburg sehen, wo die KPÖ mit dem Thema Wohnen ebenso erfolgreich ist.

Auch im fernen New York hatte der volksnahe Bürgermeister Zohran Mamdani seine Kampagne rund um die teuren Mieten aufgebaut. Jetzt im Amt hat er diese für eine Million New Yorker Wohnungen eingefroren.

Und in Ungarn hat der direkte Kontakt zur Wählerschaft dem Konservativen Péter Magyar mit zum Wahlsieg verholfen: 80 Tage tourte er wahlkämpfend durch Ungarn, über weite Strecken zu Fuß und im Osten, dort, wo Ungarn besonders arm ist.

Zweitens: Ein Teil der Bürger wählt gegen das, was sie als „Establishment“ empfinden. Und wenn es neben der FPÖ (die sich als Anti-System-Partei geriert, obwohl sie längst Teil des politischen Systems ist) eine linkspopulistische Alternative gibt, dann greifen sie da ebenfalls zu.

Denn die Grazer nehmen die KPÖ nicht als Teil „derer da oben“ wahr, obwohl Kahr seit fünf Jahren die mächtigste Position in der Stadt besetzt und die Kommunisten auch davor über das Proporzsystem in der Stadtregierung saßen.

Was außerdem hilft: Bei den Dunkelroten sind in Jahrzehnten des Regierens keine Vorwürfe wegen Postenschacherei oder Bereicherung aufgekommen – im Gegenteil, sie spenden einen Teil ihrer Gehälter. Bei der Grazer FPÖ dagegen sollen Funktionäre 1,8 Millionen Euro an Parteigeldern veruntreut haben. So mancher Grazer, der im Land für Landeshauptmann Mario Kunasek stimmte, machte nun bei der KPÖ sein Kreuz. Der Aufstieg der Rechtspopulisten ist somit kein Naturgesetz.

Für die SPÖ ist der Ausgang der Grazer Wahl ein Schock. Sie muss erkennen, dass linke Mehrheiten möglich sind, ohne dass sie mitmischt. Montagabend legte Stadtparteichefin Doris Kampus ihre Funktionen zurück – in Graz ist die SPÖ mit 5,6 Prozent nämlich in der Bedeutungslosigkeit angekommen.

Für die einst mächtige steirische SPÖ, die in Graz fast zwei Jahrzehnte einen roten Bürgermeister und ab 2005 zehn Jahre lang den Landeshauptmann stellte, ein Fanal. Wien, Linz, Salzburg, Bregenz und St. Pölten sind zwar rot regiert, aber in vielen einst wichtigen Arbeiterhochburgen schwindet die SPÖ dahin.

Die Kommunisten schaffen nämlich, drittens, eines: Sie vermitteln ihren Wählern das Gefühl von Stolz. Sie sprechen von den Pflegekräften und Pädagoginnen, den Busfahrern und Verkäuferinnen, die den Alltag „am Laufen halten“. Und wer strauchelt, der soll aufgefangen und nicht als „Sozial-schmarotzer“ gebrandmarkt werden.

“

**Die Kommunisten
schaffen nämlich eines:
Sie vermitteln ihren Wählern
das Gefühl von Stolz.**

Die SPÖ, so der Eindruck vieler, habe sich mit steigender Ungleichheit abgefunden. Und auch die Grünen hören immer wieder den Vorwurf, sie machten Politik vor allem für besser verdienende Bobos. Bundesobfrau Leonore Gewessler hat das erkannt, sie tourt jetzt durch die Wirtshäuser, spricht neuerdings Dialekt und greift soziale Themen auf.

Viertens: Elke Kahr hat sich in tausenden Gesprächen in ihrer Sprechstunde einen Informationsvorsprung erarbeitet. Sie weiß genau um die Probleme der Menschen. Spindoktoren, die abtesten, welche Themen in welchen Wählergruppen funktionieren, braucht sie nicht.

Dass die Grazer SPÖ dagegen mit den Problemen der vielen Wahlärzte und der langen Wartezeiten zu punkten versuchte, haben die Wähler ihr nicht abgekauft: Sie hatte das Gesundheitsthema erst ein paar Monate vor der Wahl auf die Agenda gesetzt.

Ihre Person als authentische Spitzenkandidatin, das jahrzehntelange Beackern ihrer Kernthemen und Verdruss gegenüber den traditionellen Parteien haben Elke Kahr die Wiederwahl gesichert.

Doch, Punkt fünf: Auf die Bundespolitik umlegen lässt sich das nur bedingt. Kommunalpolitiker können im Kleinen viel bewirken, Streitthemen wie jene um Asyl an die Regierung auslagern.

Wer auf der lokalen Ebene gut regiert, muss nicht unbedingt auch auf Bundesebene reüssieren. Kümmerin Elke Kahr ist eine Kommunalpolitikerin durch und durch, eine Kanzlerin wäre sie wohl weniger. Man denke auch an Vizekanzler Andreas Babler, der einst als Bürgermeister von Traiskirchen als Asylkritiker authentisch wirkte und damit überzeugte. Über den Erfolg als SPÖ-Bundesparteichef hat das nichts ausgesagt.





Kolumne von Nava Ebrahimi, **Süddeutsche
Zeitung**, 10. Juli 2026, [sueddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de)

DIESE KOMMUNISTISCHE BÜRGERMEISTERIN MACHT DAS LEBEN BESSER

Wer aus Protest wählt, wählt rechts?
Wer an der Macht ist, wird abgestraft?
Der Aufstieg der in Teilen rechtsextremen
FPÖ ist unaufhaltsam? Elke Kahr
widerlegt gleich mehrere Annahmen.

Als ich frisch nach Graz gezogen war und mich mit der österreichischen Ballkultur noch nicht auskannte, erhielt ich eine Einladung zur Opernredoute. Damals sagte ich die Einladung ab, weil ich an dem Abend bereits zu einem anderen Ball verabredet war, und zwar zur Volkshausroute. Ich wusste nicht, dass ich damit ein politisches Statement abgab. Die Opernredoute steht für das bürgerliche Graz. Sie findet im Neobarockbau auf der linken Seite des Flusses Mur statt, wo auch die pittoreske Altstadt liegt und sich an den Hängen die Villen aneinanderreihen. Der Dresscode schreibt festliche Kleidung vor, ein Ticket kostete dieses Jahr 265 Euro.

Auf der rechten Murseite, die geprägt ist von Fabrikgeländen und ehemaligen Arbeitersiedlungen, wo sich das Gefängnis, die Schlacht- und Recyclinghöfe befinden, feiert traditionell am selben Abend das dunkelrote Graz seinen Ball im Volkshaus. Das ist ein alter Industriekomplex, den heute die Kommunistische Partei Österreich (KPÖ) nutzt. Der Eintritt zur Volkshausroute ist frei, und man kann anziehen, was man möchte. Auf der Tanzfläche tummeln sich Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Herkunft und Schicht. Wenn man ein Bier bestellt, kann es gut sein, dass es einem Elke Kahr persönlich zapft und hinstellt.

Hier, im Volkshaus, stimmte die Grazer KPÖ kürzlich „Die Internationale“ an und feierte ihre Wiederwahl: Mit fast 36 Prozent wurde Elke Kahr im Amt der Bürgermeisterin bestätigt. Das Plus von sieben Prozent verdankt sie zu einem nennenswerten Teil vormaligen Nichtwählerinnen und Nichtwählern. Mit diesem Ergebnis widerlegt sie mehrere politische Annahmen: Wer aus Protest wählt, wählt rechts. Wer an der Macht ist, wird abgestraft. Und sie widerlegt, dass der Aufstieg in Teilen rechtsextremen FPÖ, die die Steiermark regiert, unaufhaltsam ist. Auch dieser Partei lachste die 64-Jährige Stimmen ab.

Bereits 2021, als Kahr mit knapp 29 Prozent überraschend gut abschnitt, interessierten sich alle für die Kommunistin, die in der zweitgrößten Stadt des konservativen Österreich an die Macht gelangt war: Wie kommunistisch ist die Kommunistin? In einem Interview mit dem ORF sagte sie einmal, Kommunismus sei für sie „eine Utopie, die ich mir wünschen würde, aber als Ziel haben wir, dass unser Land ein sozial gerechter Staat wird, der sozialstaatliche Prinzipien lebt, damit

die Ungleichheit aufhört.“ Sie will meist schnell weg von den ideologischen Fragen und hin zum kleinen Mann. Die Frage, ob sie nicht eigentlich sozialdemokratische Politik betreibe, bleibt immer ein wenig unbeantwortet.

Und nun, da sich der Erfolg als nachhaltig erwiesen hat, blicken politisch Interessierte aus ganz Europa noch einmal genauer hin. Ines Schwerdtner, Co-Vorsitzende der Linken, feierte am Wahlabend im Grazer Rathaus mit. Sie ist die Lebensgefährtin von Robert Krotzer, der eines Tages die Nachfolge von Elke Kahr übernehmen soll. Schwerdtner postete ein Selfie mit Kahr und Krotzer und gratulierte auf Instagram: „Wer nah bei den Sorgen der Menschen ist, glaubwürdig handelt und dabei die großen gesellschaftlichen Herausforderungen nicht aus dem Blick verliert, gewinnt Vertrauen. Dieser Erfolg macht Hoffnung – weit über Graz hinaus!“

“

Die Kommunen könnten mit ihren Zuständigkeiten in der Daseinsvorsorge das Vertrauen in die Politik grundlegend stärken. Vertrauen darin, dass Politik das Leben aller besser macht.

Bürgernähe und Glaubwürdigkeit ... Das schreibt sich wohl jede Partei auf die Fahnen. Aber wieso nehmen es die Grazerinnen und Grazer ihrer KPÖ ab? Darunter einige, die sich locker ein Ticket für die Opernredoute leisten können, die auf der linken Murseite leben, in bürgerlichen Vierteln, wo die Partei teilweise auch auf mehr als 40 Prozent kam? Dabei galt die KPÖ bis in die Neunzigerjahre als besonders sowjetreu. „Wenn es in Moskau regnet, spannen sie am Höchstädtplatz den Schirm auf“, witzelte man damals. Am Wiener Höchstädtplatz saß das Zentralkomitee der KPÖ. Erst 1994 distanzierten sich „die Kummerln“, wie sie im Dialekt genannt werden, offiziell vom Stalinismus.

Kurz vorher übernahm in der KPÖ Steiermark ein Mann namens Ernest Kaltenecker Verantwortung. Seine Devise lautete „Wohnen darf nicht arm machen“. 1992 richtete er den Mieter-Notruf ein, lange bevor ein Zohran Mamdani mit

dem Schlagwort „affordability“, also Bezahlbarkeit, die Wahl in New York City für sich entschied. Den Mieter-Notruf betreibt die KPÖ bis heute. Wer rechtliche Fragen hat oder einen finanziellen Engpass, erhält unkompliziert Hilfe. Das Geld dafür entstammt dem „Sozialfonds“, auch eine Idee Kalteneggers. Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber seiner Partei sollten von ihrem Gehalt nur den Monatslohn eines Facharbeiters behalten, heute rund 2300 Euro netto. Der Rest fließt in den Sozialfonds. Allein Elke Kahr soll seit 2005 auf diese Weise 1,3 Millionen Euro gespendet haben.

Es wäre jedoch falsch, die KPÖ darauf zu reduzieren oder ihr Agieren als Almosenpolitik abzutun. Elke Kahr hat gemeinsam mit den Grünen und der SPÖ bislang skandalfrei und ohne großes Postengeschacher regiert. Vor allem mit ihrer Kollegin von den Grünen, Vizebürgermeisterin Judith Schwentner, die die Ressorts Verkehr und Grünraum innehat, haben zwei Politikerinnen sachorientiert und frei von Geltungsdrang zusammengearbeitet. Die Koalition gab einer neuen zentralen Großküche für Betreuungseinrichtungen, zusätzlichen Straßenbahnlinien, mehr Grün und Aufenthaltsqualität in der Stadt den Vorrang vor prestigeträchtigen Projekten. Den Bau kleiner Anlegerwohnungen, von denen in Graz im letzten Jahrzehnt besonders viele entstanden sind, haben sie zugunsten des Baus bezahlbarer Wohnungen runtergefahren und die Mieten in den Gemeindebauten gedeckelt.

Vieles davon spüren die Menschen im Alltag. Das ist für mich die wesentliche Erkenntnis der Graz-Wahl: Die Kommunen könnten mit ihren Zuständigkeiten in der Daseinsvorsorge das Vertrauen in die Politik grundlegend stärken. Vertrauen darin, dass Politik das Leben aller besser macht. Nur leider sind die Kommunen strukturell unterfinanziert und viele, so wie Graz, hoch verschuldet. „Das geht sich nicht mehr aus“, wie man in Österreich sagt – was ebenso für Deutschland gilt.





ELKE KAHR ZEIGT, WIE LINKE KOMMUNAL- POLITIK AUSSEHEN KANN

Die Kommunisten wurden in Graz erneut zur stärksten Kraft – und haben damit bewiesen, dass sie Städte gut regieren können. Jetzt steht die KPÖ vor der nächsten Frage: Kann eine Partei, die gut verwaltet, auch das System herausfordern?

Am Sonntag, den 28. Juni wird in der steirischen Hauptstadt Graz gewählt. Alle Umfragen, die in den letzten Monaten durchgeführt wurden, prognostizieren der KPÖ einen soliden Vorsprung gegenüber ihren politischen Mitbewerbern, laut einigen kann sie ihr Ergebnis sogar ausbauen. Die Partei gibt sich in ihrer Kommunikation dennoch zurückhaltend, wohl auch aufgrund der Erfahrungen der letzten Graz-Wahl: Damals rechneten Meinungsforschende mit einem Sieg des langjährigen ÖVP-Bürgermeisters Siegfried Nagl. Dass Elke Kahr 2021 zur Grazer Bürgermeisterin wurde, war eine große Überraschung.

Aber dass es dieses Mal erneut eine Überraschung dieser Größenordnung gibt, ist unwahrscheinlich. Im Gegensatz zu ihrem Vorgänger genießt Elke Kahr einen großen Rückhalt in der Bevölkerung. Sie ist so beliebt, dass sich politische Gegner oft zweimal überlegen, ob sie persönliche Kritik an ihr üben möchten, da diese oft negativ auf die Kritiker selbst zurückfällt. Als Kahr nach ihrer Wahl 2021 in einem Fernseh-Interview Rede und Antwort zu allen Fragen von ihrem Verhältnis zu Wladimir Putin bis hin zu ihren »abgewohnten Ikea-Möbeln« im Büro stehen musste, war die Entrüstung in der Bevölkerung so groß, dass sich der Journalist im Nachhinein entschuldigen musste.

Elke Kahr ist also etwas gelungen, das nur wenige Kommunistinnen in den letzten Jahren geschafft haben: Sie strahlt weit über linke Kreise hinaus. Mit ihrer betonten Bodenständigkeit, dem Deckeln ihres Gehalts und der bewussten Nähe zur Grazer Bevölkerung haben die KPÖ und sie ein politisches Modell entworfen, dessen einzelne Bausteine sich heute unter anderem in der deutschen Linkspartei wiederfinden. In manchen KPÖ-Hinterzimmern wird sogar gescherzt, der Erfolg von Zohran Mamdani in New York ginge auf das Playbook der steirischen KPÖ zurück. Nicht ganz zu Unrecht: Denn der klare Fokus auf Brot-und-Butter-Themen, der in den letzten Jahren wieder zum Herzstück linker Politik geworden ist, wird in Graz schon lange praktiziert.

Im Gegensatz zu vielen neuen Politikern dieser Art wie etwa Mamdani blickt Kahr nicht auf eine neu entfachte Bewegung zurück, sondern auf eine ganze Legislaturperiode als Regierungschefin – und noch länger als Stadträtin. In dieser Zeit hat die KPÖ gezeigt, dass sie in der Lage ist, kommunale Erfolge zu erzielen und effektive Sozialpolitik zu machen.

Kurz: dass sie Städte gut regieren und verwalten kann. Sollte Kahr am Sonntag tatsächlich wieder gewählt werden, wird aber auch die Frage zentraler, wie die Partei mit den Widersprüchen eben dieser Regierungstätigkeit umgeht.

WAS GELUNGEN IST

Das Herzstück der KPÖ-Sozialpolitik in den vergangenen Jahren war ihr Fokus auf leistbares Wohnen. Die Partei trieb den Bau hunderter Gemeindewohnungen voran und sorgte dafür, dass der Mietpreis bei bestehenden Objekten rund 40 Prozent unter dem Richtwert blieb. Schon vor ihrer Tätigkeit als Bürgermeisterin war Kahr jahrelang Wohnbaustadträtin – der Quadratmeterpreis für Grazer Wohnungen ist in den letzten zehn Jahren von allen Landeshauptstädten am geringsten gestiegen. Kahr stellt sich auch bewusst gegen Kritik von außen, die Mieten zu erhöhen, um die Verluste des städtischen Eigenbetriebes Wohnen Graz auszugleichen. »Es ist selbsterklärend, dass ein solcher Betrieb nie gewinnbringend sein kann«, betont sie etwa gegenüber der Kleinen Zeitung. »Sonst könnten wir eh gleich wie private Anbieter agieren.«

Auch in der Pflege gibt es ähnliche Projekte: Unter dem Gesundheitsstadtrat und designierten Kahr-Nachfolger Robert Krotzer wurden 2023 15 pflegende Angehörige bei der Stadt Graz angestellt. Das Pilotprojekt ist nach wie vor aktiv – auch wenn das Kontingent nicht erhöht wurde – und bringt große Erleichterungen für die pflegenden Personen: In einem Bericht erklärten 93 Prozent der betroffenen Angehörigen, dass sich ihre Lebensqualität durch die Anstellung verbessert habe. Die finanziellen Sorgen, die mit Pflege- und Sorgearbeit normalerweise einhergehen, treten so in den Hintergrund. Andere Vorstöße betreffen kleinere lokalpolitische Projekte: die Eröffnung einer neuen Feuerwache oder die Sanierung von Wohnhäusern im Besitz der Stadt.

In bürgerlich-liberalen Medien werden solche kleineren Reformen oft positiv erwähnt, um zu zeigen, dass die KPÖ nicht die totalitäre Sekte ist, für die sie liberale Journalisten zu Beginn von Kahrs Legislaturperiode hielten. So schreibt etwa der deutsche Spiegel: »Die klassenlose Gesellschaft lässt seither auf sich warten.« Auch wenn mit solchen ironischen Bewertungen etwas anderes bezweckt wird, steckt natürlich ein Kern Wahrheit darin. Denn viele der genannten KPÖ-Erfolge werden auch in Städten mit nicht-kommunistischer Regierung umgesetzt.

Das Burgenland, regiert vom sozialdemokratischen Hans Peter Doskozil, stellt ebenfalls pflegende Angehörige an. Die sozialdemokratisch regierte Stadt Wien baut und saniert ebenfalls regelmäßig Gemeindebauten.



Der zentrale Unterschied zwischen der KPÖ und anderen im weitesten Sinne progressiven oder linken Parteien zeigt sich weniger auf Policy-Ebene, sondern in der fehlenden Selbstbereicherung.

Der zentrale Unterschied zwischen der KPÖ und anderen im weitesten Sinne progressiven oder linken Parteien zeigt sich aktuell weniger auf Policy-Ebene, aber dafür umso stärker in der fehlenden Selbstbereicherung. Wie bereits erwähnt, begrenzen KPÖ-Mandatare ihre Gehälter. In Graz kürzte die Partei zudem die Klubförderung, die Parteien erhalten, und steckt darüber hinaus einen großen Teil der eigenen Förderung in einen Sozialfonds, der den Grazerinnen und Grazern zugutekommt. Das sorgt ohne Zweifel für Integrität, aber reicht es, um eine kommunistische Partei zu sein?

WAS MACHT EINE »INSEL DES WIDERSTANDS« AUS?

In ihrem Programm erklärt die KPÖ Steiermark, sie wolle den Weg in eine »Gesellschaft, in der der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit« skizzieren. Diese Gesellschaft sei der Sozialismus. Es wäre vermessen zu erwarten, dass die Stadtregierung diesen eigenhändig ausrufen kann, aber besonders weil sich die KPÖ Graz als »Insel des Widerstands« inmitten eines Rechtsrucks versteht, ist es notwendig, sich mit den Widersprüchen zwischen Regierungstätigkeit und diesem Selbstverständnis zu befassen. Besonders bei den Finanzen zeigt sich eine Spannung zwischen dem Anspruch, gesellschaftliche Alternativen aufzuzeigen, und der praktischen Aufgabe, den städtischen Haushalt innerhalb bestehender Rahmenbedingungen zu verwalten.

Das liegt einerseits an der strauchelnden Wirtschaft Österreichs: Nach über zwei Jahren Rezession erholt sich das Land nur schleppend aus der Krise. Auf das hohe Budgetdefizit antwortet die Politik sowohl auf nationaler Ebene als auch in den Bundesländern mit engen Sparpaketen, die auch den kommunalen Spielraum beschränken. So wie viele andere österreichische Gemeinden hat Graz zudem hohe Schulden, die großen Reformvorhaben ebenfalls im Weg stehen. Auch wenn der Großteil dieser Schulden unter der schwarz-blauen Vorgänger-Regierung angehäuft wurde, ist es die KPÖ, die das Problem ausbaden muss. Finanzstadtrat Manfred Eber erklärte vor wenigen Wochen, dass bis 2028 65 Millionen Euro eingespart werden müssten.

In der Praxis führt das dazu, dass die Partei Dinge, die sie zuvor aktiv abgelehnt oder bekämpft hat, heute in Teilen selbst umsetzt. Das zeigt sich etwa bei der jährlichen Steigerung von Gebühren. 2011 knüpfte die Grazer Stadtregierung – damals noch unter Schwarz-Grün – Kanal- und Müllgebühren an den Verbraucherpreisindex, was dazu führt, dass die Gebühren jedes Jahr automatisch steigen.

Noch im Wahlkampf 2021 protestierte die KPÖ gegen diesen Automatismus und setzte ihn im ersten Jahr im Bürgermeisteramt kurzzeitig aus, aber seither steigen auch unter einer KPÖ-geführten Regierung jährlich die Gebühren – dieses Jahr um vier Prozent. Auch die Freibadpreise steigen in ungefähr diesem Umfang – mit einem Preis von 8,90 Euro zählt ein Tageseintritt für Erwachsene in einem Grazer Freibad heute zu den teuersten einer österreichischen Landeshauptstadt.

Die KPÖ ist in Graz also trotz ihrer Beliebtheit noch nicht stark genug, um sich den Sachzwängen, die mit einer Regierungstätigkeit einhergehen, zu entziehen. Ihr gelingt es zwar, Verbesserungen für die Grazerinnen und Grazer zu erzielen und Budgetzwänge sozial verträglich zu navigieren, nicht aber darüber hinauszugehen. Gerade weil es die KPÖ Steiermark schon einmal geschafft hat, sich neu zu erfinden und ein Modell zu entwickeln, das zahlreichen Linken zum Vorbild wurde, könnte sie die kommenden Jahre dafür nutzen, die nächste offene Frage zu beantworten: wie eine Partei, die gut regiert, auch zu einer wird, die den Status quo herausfordert.



Interview von Tim Kürger mit KPÖ-Stadtrat
Robert Krotzer im **Lower Class Magazine**,
19. Juli 2026, lowerclassmag.com

DEN SOZIALISMUS AUF KOMMUNALER EBENE AUFBAUEN?

Im Gespräch mit Robert Krotzer, der seit 2017 als Stadtrat der KPÖ Graz tätig und zuständig für die Bereiche Gesundheit, Pflege, Integration und Beschäftigung ist.

Vor dem Eintritt in die Grazer Stadtregierung unterrichtete er als Lehrer in einer Gesamtschule, war Gemeinderat der KPÖ und Bundesvorsitzender der Kommunistischen Jugend Österreichs (KJÖ).

Lower Class Magazine: *Nachdem die KPÖ bereits 2021 für viele unerwartet als stärkste Kraft aus der Gemeinderatswahl in Graz hervorging und seitdem mit Elke Kahr die Bürgermeisterin der Stadt stellte, konnte die Partei bei der jüngsten Wahl am 28. Juni mit über 35 % der Wählerstimmen einen überragenden Erfolg einfahren. Hat euch dieser Sieg selbst überrascht oder seid ihr sowieso selbstbewusst in die Wahl hineingegangen?*

Robert Krotzer: Nun, wir leben in Zeiten, in denen es wahrscheinlicher ist, dass Kommunistische Parteien bei Wahlen eher 0,35 Prozent als über 35 Prozent holen können. Daher wäre es natürlich vermessen gewesen mit einer übertriebenen Siegesicherheit in die Wahlauseinandersetzung zu gehen. Unser Erfolg 2021 war bereits eine Sensation. Auch wir waren damals erstmal selbst ein wenig sprachlos. Doch diese Sprachlosigkeit hat zum Glück nicht lange angehalten. Wir haben uns gesagt: Warum sollten bürgerliche Kräfte, die eine Stadt im Interesse einiger weniger regieren, eine Stadt besser verwalten, als eine Kommunistische Partei in der Tradition und als Teil der Arbeiter:innenbewegung? Wir versuchen eine Stadt im Interesse der breiten Mehrheit der Bevölkerung zu organisieren und in diesem Sinne haben wir in den letzten fünf Jahren tatsächlich viel umsetzen und viele soziale Errungenschaften erreichen können.

“

***Wir versuchen eine Stadt
im Interesse der breiten Mehrheit
der Bevölkerung zu organisieren.***

Wir haben natürlich enorm viel Kontakt mit den Menschen gepflegt, aber dennoch kannst du dir niemals sicher sein, ob diese Arbeit wirklich auch gesehen wird und ob du die Unterstützung der Breite der Bevölkerung auch in der Wahlkabine erhältst. Von daher war der Wahlabend mit diesem enormen Zugewinn natürlich ein großer Erfolg für uns und wir freuen uns über die große Unterstützung so vieler Grazerinnen und Grazer. Doch auch wenn wir auf eine Regierungszeit zurückblicken können, in der uns Vieles gelungen ist, so wären wir nicht die Kommunistische Partei, wenn wir uns mit alldem, was wir unter diesen Rahmenbedingungen erreichen konnten, zufrieden wären. Gleichzeitig muss man dazu sagen, dass

dieses überraschend starke Votum der Bevölkerung natürlich nicht im luftleeren Raum erreicht wurde. Es war ja nicht so als ob Elke Kahr als Bürgermeisterin oder die KPÖ medial hofiert worden wären oder es nicht auch politisch massiven Gegenwind gegeben hätte. So war der Wahlsieg auch Ergebnis einer Wahlkampagne, die größtenteils von unten kam und von den Menschen getragen wurde, die von unserer Arbeit überzeugt sind und mit unseren Ideen sympathisieren. Auch ihnen verdanken wir diesen Wahlerfolg.

Du hast es gerade schon angesprochen. Es ist natürlich schon wirklich eine Rarität, dass eine Partei, die in ihrem Namen, das verfeimte Attribut „kommunistisch“ trägt, in der zweitgrößten Stadt eines europäischen Landes mehr als ein Drittel der Wählerinnen und Wähler von sich überzeugen kann. Die Bürgermeisterin Elke Kahr hatte immer wieder davon gesprochen, dass es „erworbenes Vertrauen“ ist welches die KPÖ von den anderen Parteien unterscheidet. Aber dieses musste ja erstmal erworben werden. Wie habt ihr das geschafft?

Für uns gibt es zwei zentrale Leitlinien. Zum einen, dass wir davon ausgehen, dass wir uns das Vertrauen der Bevölkerung, der arbeitenden Menschen jeden Tag aus Neue wieder erarbeiten müssen. Es ist ja nicht so, dass du einmal die Unterstützung hast und dann einfach Tun und Lassen kannst, was du willst. Das bedeutet sehr viel Arbeit, sehr viel Kontakt und auch sehr viel konkrete Unterstützung, die wir versuchen den Menschen zu geben. Zum Anderen müssen wir einen kurzen historischen Schwenk zum Anfang der 1990er Jahre machen. Ausgehend von der sehr tiefen und weltweiten Krise der kommunistischen Bewegung damals, haben wir als KPÖ Graz und KPÖ in der Steiermark, für uns die Lösung entwickelt, dass wir eine ‚Nützliche Partei für das tägliche Leben und für die großen Ziele der Arbeiter:innenbewegung‘ sein wollen. Damit haben wir begonnen, den Fokus auf das Thema Wohnen und Mieten und insbesondere auch auf die Gemeindewohnungen in Graz zu legen. Es ging darum, ganz konkret für die Mieterinnen und Mieter da zu sein, zu helfen, gemeinsam Lösungen für Problemstellungen zu suchen und ihre Interessen durchzusetzen. Das ist seither in die Arbeitsweise der KPÖ in Graz eingeschrieben und wir versuchen das immer weiter und auf andere Felder auszudehnen. Elke Kahr hat das in ihrer Erklärung zur Wahl als Bürgermeisterin zum Ausdruck

gebracht. Sie hat gesagt, wir wollen mit einem Blick von unten an die Aufgaben herangehen. Denn wir sind natürlich eine Partei der arbeitenden Menschen und stellen ihre Interessen ins Zentrum unserer Politik. Deshalb müssen wir den tagtäglichen Kontakt mit der arbeitenden Bevölkerung und mit den Menschen, die in prekären Lebenssituationen sind und mit vielen Sorgen zu kämpfen haben, pflegen.

Für uns ist das nichts Fremdes, sondern etwas, das wir in unseren Beratungen und Sprechstunden tagtäglich erleben. Wir verstehen unsere Büros als offene Stadtratsbüros, in die alle Menschen mit ihren Anliegen kommen können und wir nehmen uns die Zeit, diese Themen aufzunehmen und mit den Menschen über ihre Lage zu sprechen. Die Anliegen sind dabei natürlich sehr breit. Das beginnt bei ganz klassischen Fragestellungen wie einem Mietrückstand oder hohen Nachzahlungen für Betriebskosten und Heizung. In dem Bereich, in dem ich tätig bin, drehen sich viele Fragen um Gesundheit oder Pflege sowie auch um Arbeitsbedingungen. Wir haben mit Menschen zu tun, die an Suchterkrankungen leiden, ebenso wie mit Menschen, die mit Schikanen am Arbeitsplatz konfrontiert sind und beraten bei arbeitsrechtlichen Fragen.

Das ist gewissermaßen unser tägliches Brot in der Arbeit der KPÖ und prägt auch unseren Blick. Wir sind bei alledem auch immer eine lernende Partei. Erst durch diese Arbeit erfahren wir, wo die Menschen der Schuh wirklich drückt und versuchen, das dann wieder in unsere Politik zu übersetzen. Auch die Inhalte unserer Zeitungen, Kampagnen oder Social Media-Beiträge speisen sich vielfach aus den konkreten Erfahrungen der Menschen und unserem Austausch mit den Menschen.

“

Die Gehaltsobergrenze stellt am Ende auch sicher, dass sich der KPÖ niemand aus Karrieregründen anschließt.

Dazu haben wir bei uns auch die Gehaltsobergrenze. Das heißt, dass alle unsere Amtsträger:innen nur ein durchschnittliches Facharbeiter:inneneinkommen für sich behalten und rund

zwei Drittel ihres Einkommens an Menschen in Notlagen weitergeben. Das macht natürlich auch etwas, wenn es um die Frage des Vertrauens geht, aber auch wenn man sich die Fallen anschaut, die der bürgerliche Parlamentarismus auslegt. Wie viele Parteien der sozialistischen und sogar der kommunistischen Linken sind da hineingetappt? Plötzlich haben sie hohe Gehälter, Dienstwagen und Chauffeure und sind auf einmal enorm weit weg vom Alltag der arbeitenden Menschen. Unsere Gehaltsregelung beeinflusst natürlich die öffentliche Wahrnehmung der KPÖ, denn die Menschen können im Vergleich ganz genau sehen, wie weit entfernt alle anderen politischen Vertreter der etablierten Parteien von ihren alltäglichen Sorgen sind und wo aber die KPÖ steht. Und die Gehaltsobergrenze stellt am Ende auch sicher, dass sich der KPÖ niemand aus Karrieregründen anschließt.

Das heißt, die Gehaltsbeschränkungen oder auch die Sozialberatungen waren auch schon vor 2021 Teil eures Konzeptes?

Die Sprechstunden und direkten Kontakte gibt es schon sehr lange. Schon in der Zeit als Ernest Kaltenegger selbst noch Gemeinderat war, war er in den Gemeindewohnungen unterwegs, hat mit den Mieterinnen und Mietern gesprochen und die damals noch sehr kleine Partei hat breite Kampagnen entwickelt. Zum Beispiel, um die Miete in den Gemeindewohnungen auf ein Drittel des Einkommens der Mieterinnen und Mieter zu beschränken. Als der Antrag der KPÖ dafür Anfang der 90er Jahre von allen Parteien abgelehnt wurde, ist die Partei in die Gemeindewohnungen ausgeschwärmt und hat dem damaligen Bürgermeister dann 20.000 Unterschriften vorgelegt. Als der Antrag dann erneut abgestimmt wurde, gab es plötzlich einen einstimmigen Beschluss – und die damals erkämpfte Mietzinszahlung existiert bis heute!

Auch die Gehaltsobergrenze gibt es schon sehr lange. Als KPÖ haben wir uns immer gegen die hohen Politikergehälter ausgesprochen und als Ernest Kaltenegger 1998 Stadtrat geworden ist, war er plötzlich auch in der Situation, ein sehr hohes Politikereinkommen zu beziehen. In Erinnerung an die Tradition der Pariser Kommune war klar, man behält sich nur ein durchschnittliches Facharbeiter:inneneinkommen und mit dem Rest hilft man ganz konkret Menschen in Notlagen.

Und wie kommt das Geld dann von euch an die Menschen?

Bei Elke Kahr oder bei mir ist das zum Beispiel so, dass wir in unseren Sprechstunden mit den Menschen besprechen, wo wir helfen können. Bei mir geht es da um rund 4.500 Euro im Monat, die ich weitergeben kann. Seit 2017 sind das über 560.000 Euro, mit denen ich Menschen unterstützen konnte. Das sieht erstmal nach viel Geld aus, aber es kommen natürlich auch sehr viele Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Oft geht es darum, schnelle Hilfe zu organisieren, wenn es zum Beispiel um einen Mietrückstand geht. Wir überweisen dann etwa einen Teilbetrag auf das Mietenkonto und treten mit der Hausverwaltung in Kontakt. Wir sagen ihnen: „Schauen's her, die Frau Müller ist gerade bei uns und von mir kommt jetzt erstmal ein Teil und wir werden aber auch noch weitere Wege gehen“, etwa mit Ansuchen bei der Volkshilfe oder dem städtischen Sozialamt. Mitunter gelingt es uns so, die Einschaltung eines Anwalts und die damit verbundene Kostenspirale zu verhindern. In anderen Fällen geht es um Heilbehelfe, Medikamente oder Zuzahlung zu Schulausflügen.

Konkrete Hilfe im Bedarfsfall ist die eine Seite, aber im Idealfall gelingt es in Regierungsverantwortung die allgemeine Lage so zu verbessern, dass die Menschen gar nicht mehr in diese prekäre Lage kommen. Welche Erfolge sind euch in den letzten Jahren gelungen und wo seid ihr aber auch Hindernissen begegnet?

Ein ganz wichtiger Punkt sind dabei die Gemeindewohnungen. Die Stadt Graz hat rund 4.500 stadteigene Wohnungen. Dazu kommt ein etwa gleich großer Anteil an Übertragungswohnbauten von Genossenschaften, bei denen die Stadt das Zuweisungsrecht hat. Bei den stadteigenen Gemeindewohnungen hat die Stadt einen Mietendeckel eingeführt. Das bedeutet, dass die Mieten im Zeitraum von 2021 und 2026 um nicht mehr als 4 Prozent in fünf Jahren gestiegen sind. Zum Vergleich: Auf dem privaten Wohnungsmarkt sind die Mieten teilweise zweimal im Jahr um über 4 Prozent gestiegen. Gleichzeitig haben wir 420 neue Gemeindewohnungen in dieser Periode bauen können. Insgesamt wurden knapp 1.500 Gemeindewohnungen in Zustandigkeit der KPÖ gebaut. Bei den Gemeindewohnungen, als wichtige Form des öffentlichen Eigentums, hat die Kommune einen wichtigen Gestaltungsspielraum. Zum einen kannst du Menschen ganz konkret mit leistbarem öffentlichen

Wohnraum versorgen und zum anderen trittst du in Konkurrenz zum freien Wohnungsmarkt. Idealerweise kannst du so dafür sorgen, dass Menschen in prekären Wohnungssituationen keinen überbezahlten Wohnraum in schlechter Qualität annehmen müssen. Gleichzeitig haben wir seit den 90er-Jahren den Mieter:innennotruf der KPÖ eingerichtet. Auf dem privaten Wohnungsmarkt kommt es natürlich immer wieder zu Auseinandersetzungen von Menschen mit ihren Vermietern oder Immobilienkonzernen und die haben meist gut bezahlte Anwälte auf ihrer Seite. Wir versuchen Rechtshilfe zu geben, informieren die Menschen und bestärken sie ihre Rechte durchzusetzen.

Das kann ich zum Bereich des Wohnens sagen. Gleichzeitig gibt es bei uns in Graz etwa die sogenannte Sozialcard, auch eine Errungenschaft, der eine langjährige Kampagne der KPÖ vorausging. Die Sozialcard ist ein Angebot für Menschen mit geringem Einkommen. Mit ihr hat man zum Beispiel Anspruch auf die Sozialcard-Mobilität. Das ist ein Jahresticket für die öffentlichen Verkehrsmittel für nur 60 Euro. Das ist in dieser Form beispiellos in ganz Österreich. Es gibt dann noch verschiedene weitere Unterstützungen wie Weihnacht-zuzahlungen, Heizkostenunterstützung oder zum Beispiel ein Schulstartgeld für Familien. Wir haben in unserer ersten Amtszeit den Bezieher:innenkreis auch auf Menschen mit geringem Arbeitseinkommen ausweiten können. Bis dahin waren Berufstätige ausgeschlossen und nur Menschen, die von geringen Pensionen oder Sozialunterstützung leben müssen, hatten ein Anrecht auf die Sozialcard. Das war immer eine toxische Linie. Wenn die Menschen, die für niedrige Löhne arbeiten, das Gefühl haben, von etwas ausgeschlossen zu sein, während die, die noch etwas weniger haben, ein Anrecht darauf haben, dann kann das für den Aufbau von Klassenbewusstsein und Klassen-solidarität enorm giftig sein. Nun konnten wir das ausweiten.

“

***Die großen Machtverhältnisse
bleiben bestehen, aber dennoch ist es
wichtig, wer an wessen Seite steht.***

Für uns ist es von Anfang an ein strategisches Anliegen gewesen, die Stadt so umzubauen, dass sie eine Stadt an der Seite

der Bevölkerung ist. Uns ist dabei natürlich klar, dass wir, ob mit 29 Prozent oder eben nun 35 Prozent der Stimmen, nicht den Sozialismus auf kommunaler Ebene aufbauen können. Die großen Machtverhältnisse bleiben bestehen, aber dennoch ist es wichtig, wer an wessen Seite steht. Darum wollten wir Einrichtungen schaffen, an die sich die Menschen wenden können. Ganz egal, ob das nun bei Pflege- oder Gesundheitsfragen die „Gesundheits- und Pflegedrehscheiben“ sind, die Stadtteilarbeit oder eben die neu eingerichtete Erstberatung des Sozialamtes, eine Wohnberatung oder eine Wohnungsinformationsstelle ist. Ich halte es für einen sehr wichtigen Baustein einer solidarischen Stadt, dass die Menschen vor dem Hintergrund so vieler Krisen und deren Auswirkungen auf das Leben, Anlaufstellen haben und nicht mit ihren Problemen alleine sind. Wenn Menschen keine passende medizinische Versorgung finden, Pflegefragen anstehen, der eigene Gatte oder die Eltern an Demenz erkrankt sind, jemand bei Wohnungsfragen nicht mehr weiter weiß, dann sind das ganz konkrete Fragen.

Natürlich kannst du als marxistische Linke, als Kommunistische Partei Erklärungen für viele große Fragen unserer Zeit darlegen, die Hintergründe erläutern und Analysen abliefern. Auch das ist selbstverständlich wichtig. Aber es gibt eben auch die realen Situationen, in denen Menschen sagen: Ich habe dieses Problem, hier brauche ich Hilfe. Es ist sehr wichtig, dass diese Hilfe im Alltag greift und erfahrbar ist. Wir kämpfen in diesen Fragen ja auch gegen ein neoliberales und rechtes Denken, gegen die Entsolidarisierung sowie gegen das Gefühl von Ohnmacht. Dabei ist es entscheidend, dass möglichst niemand das Gefühl hat, vergessen und im Regen stehen gelassen zu werden. Als Kommunistische Partei ist das für uns auf der kommunalen Ebene ein ganz wesentliches Werkzeug. Das Vertrauen der Menschen kann nicht nur auf der abstrakten Ebene, sondern eben auch durch konkrete Hilfe im Alltag erworben werden. Man könnte jetzt einwerfen, dass das alles nur „Kümmerer- oder Caritaspolitik“ sei. Es geht aber um die Frage, ob Menschen ein Selbstvertrauen von unten und Klassenbewusstsein entwickeln. Also ob sie ein Verständnis dafür entwickeln können, dass eine Gesellschaft auch anders sein kann, als das was tagtäglich an neoliberaler und rechter Propaganda auf unsere Köpfe einhämmert. Von den Herrschenden heißt es, dass dir am Ende eh keiner helfen wird. Durch unsere Arbeit konnten aber viele Menschen die Erfahrung machen, dass wir hier starke Netzwerke und ein stabiles Sicherungssystem aufgebaut haben. Das ist letzten

Endes auch immer eine ideologische Auseinandersetzung mit der neoliberalen und kapitalistischen Hegemonie, die darauf abzielt, alles was an sozialen Sicherungssystemen und Solidaritätsnetzwerken da ist, zu zerschlagen und dem freien Markt zu überantworten. Es wird die Wahrnehmung geschaffen, dass die öffentliche Verwaltung ineffizient, faul und nicht tauglich sei. Wenn Menschen dann die Erfahrung machen, dass eine öffentliche Verwaltung nicht gut funktioniert, dann ist das natürlich Wasser auf die Mühlen eben dieser Kräfte.

“

Eine Grundvoraussetzung für eine revolutionäre Realpolitik ist, dass du im Alltag der Menschen Lösungen anbieten kannst.

Daher ist es im Umkehrschluss eine Grundvoraussetzung für eine revolutionäre Realpolitik, dass du im Alltag der Menschen Lösungen anbieten kannst. Erst dann kann in den Menschen das Vertrauen wachsen, dass die Dinge im Kleinen wie im Großen eben auch anders und vor allem besser werden können. Daher sagen wir, dass einer unserer größten politischen Gegner die Resignation und die gefühlte Ohnmacht ist. Wir haben 2021 den großen Auftrag angenommen, das zu durchbrechen und haben diesen Auftrag nun ein weiteres Mal erhalten. Die Geschichte wird am Ende bewerten, ob uns das gelungen ist oder nicht.

Du hattest den privaten Wohnungsmarkt angesprochen. Wenn Menschen in Mietrückstand geraten kommen Zwangsräumungen schnell auf die Tagesordnung und sind ein großes Problem. Anderen wird Strom oder Heizung abgestellt, wenn nicht mehr gezahlt werden kann. Habt ihr als Kommune dabei irgendwelche Möglichkeiten einzugreifen?

Gegen Räumungen im privaten Sektor haben wir als Kommune leider keine Handhabe. Bei der Bedrohung durch Zwangsräumung besprechen wir aber natürlich mit den Betroffenen etwa, ob eine solche abzuwenden ist, ob eine neue Form der Wohnungsversorgung besser wäre und wie die zu finden ist. Wir haben dafür auch eine Wohnberatung des städtischen Sozialamtes neu eingerichtet. Die hilft bei der Wohnungssuche und soll zugleich präventiv wirken, dass Menschen überhaupt

ihre Wohnung verlieren. Beim städtischen Energieanbieter ist ausgeschlossen, dass Strom oder Heizung in den Wintermonaten abgeschaltet werden, denn das ist schlichtweg unmenschlich. Gleichzeitig haben wir Unterstützungsangebote für Strom- oder Heizkosten. Wir haben einen Umverteilungsmechanismus, bei dem ein Teil der Einnahmen des städtischen Energieanbieters verwendet wird, um Menschen in Energienot unter die Arme zu greifen.

Lass uns auf den Regierungsstil der KPÖ zu sprechen kommen. Wie garantiert ihr möglichst hohe Transparenz, Bürgernähe und eine Beteiligung der Bevölkerung an der Stadtpolitik?

Wir haben dafür gesorgt, dass in allen Gremien, die vom Gemeinderat beschickt werden, alle Fraktionen vertreten sind. Das war nicht immer so. Bis 2021 war die KPÖ etwa von allen Aufsichtsräten ausgeschlossen, trotz der Tatsache, dass wir schon lange zweitstärkste Partei waren. Man hatte offensichtlich Angst vor unserer Kontrolle. Wir haben das nun geändert, um mehr Transparenz und Kontrolle zu ermöglichen, denn wir haben nichts zu verbergen. Gleichzeitig haben wir auch die Postenvergabe in der Stadt Graz objektiv und transparent gemacht. Vorher war es üblich, Parteibuchwirtschaft zu betreiben und die eigenen Günstlinge in guten Positionen unterzubringen. Das haben wir abgeschafft und das wird auch von der Bevölkerung sehr geschätzt.

Zugleich kümmern wir uns als Bürgermeisterin oder Stadtrat zusammen mit unseren Teams darum, alle eingehenden E-Mails zu beantworten. Wenn Grazer:innen uns schreiben und Anliegen, Fragen oder auch Kritik vorbringen, bekommen sie eine Antwort. Manche sind dann sehr erstaunt, wenn die Bürgermeisterin am Sonntagabend um 23 Uhr zurückmeldet: „Vielen Dank für Ihr Schreiben“. Manche Menschen sagen, sie können das gar nicht glauben. Aber das sagt auch mehr über den Regierungsstil der bürgerlichen Parteien zuvor aus. Wir sind auch selbst Teil des städtischen Lebens. Man kann die Bürgermeisterin persönlich auf Straßenfesten, im Bus oder in der Straßenbahn ansprechen. Für uns hat das auch den Nutzen, dass wir so schneller merken, was den Menschen unter den Nägeln brennen. Dazu gibt es städtische Formate der Beteiligung, wie den Bürger:innenbeirat, aber unsere Erfahrung ist, dass du über die städtischen Formate oft nur einen kleinen

Ausschnitt erreichst. Daher ist das, was uns die Leute auf der Straße oder beim Einkaufen mitteilen, so enorm wichtig.

In der Bundesrepublik Deutschland haben viele Kommunen damit zu kämpfen, dass beim Budget immer weiter gedrückt wird, während immer mehr Lasten auf die Kommunen abgewälzt werden. Wie ist das in Österreich?

Das ist in Österreich ähnlich. Die Kommunen sind immer das letzte Glied der Kette, bekommen immer mehr Aufgaben und sind gleichzeitig unterfinanziert. Wir haben noch obendrauf zwei große Belastungsbrocken in der vergangenen Periode hinzubekommen. Einerseits die nicht gegenfinanzierte Steuerreform der schwarz-grünen Bundesregierung und andererseits ein Pflegefinanzierungsgesetz auf steirischer Ebene, die beide mit vielen Millionen den Grazer Haushalt jährlich belasten. Das hat zu enormen Herausforderungen geführt. Gleichzeitig setzt Österreich eine neoliberale Budgetpolitik fort und verschärft diese sogar noch. Selbst eine Anpassung der Grundsteuer, welche den Kommunen unmittelbar zugutekommen würde, wird von der ÖVP vehement abgelehnt und blockiert. Man hat das Gefühl, die ÖVP lässt lieber die eigenen Bürgermeister sprichwörtlich verhungern und etwa Freibäder schließen, anstatt eine minimale Reform der seit den 1970er-Jahren unveränderten Grundsteuer zuzulassen. Das ist Klassenkampf von oben, der die Vermögenden schont und für leere öffentliche Kassen sorgt. Dementsprechend stehen wir vor großen Herausforderungen. Wir haben in der vergangenen Periode viel investieren können und mussten das auch tun, denn der Aufholbedarf war riesig. Da geht es von Kanalsanierungen, dem Neubau der Kläranlage bis hin zum Ankauf von neuen Straßenbahnen und Bussen. In Graz fahren zum Beispiel immer noch Straßenbahnen aus den 70er-Jahren, die längst am Ende ihre Laufzeit angekommen sind. Wir haben daher viel Geld für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, aber auch für die Begrünung von Straßenzügen und vielem mehr in die Hand genommen.

“

**Das ist Klassenkampf von oben,
der die Vermögenden schont
und für leere öffentliche Kassen sorgt.**

Nun befinden wir uns in einer Phase des budgetären Verteidigungskampfes. Dabei geht es uns vor allem um die Absicherung der sozialen Infrastruktur und des öffentlichen Eigentums unserer Stadt. Auch in der Wahlauseinsetzung war das eine große Frage. Gerade wird in vielen steirischen Städten öffentliches Eigentum verkauft, insbesondere Gemeindewohnungen. Wir verstehen die Stärkung der KPÖ bei den Grazer Wahlen auch als einen klaren Auftrag der Bevölkerung, dass bei uns nicht über die Privatisierung von Gemeindewohnungen diskutiert wird. Das haben wir im Wahlkampf deutlich gemacht und hier lagen auch die größten Reibungspunkte mit den bürgerlichen und rechten Parteien. Insgesamt aber wissen wir, dass wir nun von einem Offensivkurs, den wir in den letzten Jahren fahren konnten, nun in eine andere Phase übergehen, in der es vor allem um die Absicherung des Bestehenden gehen wird. Damit geben wir uns aber nicht zufrieden: Wir werden als Kommunistische Partei weiter auf außerparlamentarischen Protest und soziale Bewegungen setzen, etwa für eine Reichensteuer statt Belastungspaketen oder ein Ende der milliardenschweren militärischen Aufrüstung, die auch in Österreich zulasten von leistbarem Wohnen, Gesundheit oder Bildung geht.

Die Frage nach einer Regierungsbeteiligung sozialistischer und kommunistischer Parteien, sei das auf kommunaler oder Landes- und Bundesebene ist aber auch innerhalb des eigenen Lagers nicht ganz unumstritten. Ein Beispiel ist auch die Herausforderung vor der die Partei Die Linke sehr wahrscheinlich im September diesen Jahres nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus stehen wird. Wenn man sich dafür entscheidet als linke Partei zu regieren, auf was gilt es eurer Erfahrung nach zu achten damit man in keine Falle hineintappt?

Es ist schwierig aus einer Grazer und österreichischen Perspektive Ratschläge zu geben. Graz hat, wie die meisten anderen österreichischen Städte, eine Proporzregierung. Das heißt, die KPÖ ist seit 1998 sowohl Regierungs- als auch Oppositionspartei gewesen. Bei rund 10 Prozent der Stimmen hat eine Partei automatisch einen Sitz in der Stadtregierung. Damit waren wir einerseits Regierungsmitglieder, als auch die führende Oppositionspartei. Das bedeutet, dass du viele Erfahrungen sammeln und Errungenschaften umsetzen kannst, ohne das große Dilemma von Regierungskoalitionen, nämlich dass du

in gewisser Art und Weise mitgefangen bist. Das heißt gegen all die Verschlechterungen, die unter der schwarz-blauen Stadtregierung vor unserer Regierungszeit passiert sind, haben wir nicht nur gestimmt, sondern auch viele Mobilisierungen durchgeführt und die Bevölkerung aufgeklärt. 2021 waren wir dann auf einmal in der Situation, die Bürgermeisterin zu stellen und eine fortschrittliche Koalition zu formen. Der große Unterschied war, dass wir als Kommunistische Partei 28 Prozent hatten, die Grünen mit 17 Prozent die zweitstärkste Partei in der Koalition waren und die Sozialdemokratie neun Prozent hatte. Dieses Kräfteverhältnis ist entscheidend für eine Politik des sozialen Fortschritts gewesen. Umgekehrt kann ich sagen, dass wir davor mehrfach die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung als kleinerer Partner abgelehnt haben.

“

**Unsere Positionen
und Haltungen
sind uns wichtiger
als Posten und Ämter.**

Schon 2003 hätte die KPÖ mit der damals noch mächtigen SPÖ und den Grünen eine Mehrheit gehabt, während die ÖVP die stärkste Partei war. Die Genoss:innen haben sich jedoch gegen eine Regierungsbeteiligung entschieden, weil die Sozialdemokraten etwa Privatisierungen nicht kategorisch ausschließen wollten. Von 2015 bis 2016 hatten wir eine zweijährige Budgetpartnerschaft mit ÖVP und SPÖ, wobei wir als KPÖ mit einem klaren Plan in die Verhandlungen gegangen sind. Wir haben im Interesse der Bevölkerung zehn Punkte als rote Linie festgelegt und diese als Bedingungen gestellt. Diese Bedingungen haben wir öffentlich plakatiert und gesagt: Entweder wird das erfüllt oder mit uns gibt es kein Budget. Das hat über die zwei Jahre gut funktioniert. Beispielsweise wurde der Preis der Jahreskarte für die öffentlichen Verkehrsmittel halbiert, neue Gemeindewohnungen gebaut und Grünflächen geschaffen. 2017 gab es dann eine große Bewegung aus der Bevölkerung gegen den Bau eines Wasserkraftwerks an der Mur am südlichen Stadtrand von Graz. Ein Projekt, für das schließlich tausende Bäume im Stadtgebiet abgeholzt wurden. Als KPÖ haben wir Protest-Bewegung von Beginn an unterstützt.

Die ÖVP wollte damals unsere Zustimmung verlangen und hätte uns dafür in anderen Bereichen großzügige Zugeständnisse angeboten. Für uns ist das aber nicht in Frage gekommen und die Budgetpartnerschaft ist geplatzt.

In einer Konstellation mit bürgerlichen Parteien wird es immer Knackpunkte geben, wo du in der Lage sein musst, klar zu bestimmen, was das Profil einer Kommunistischen Partei ausmacht, wofür die Bevölkerung uns gewählt hat und welche Positionen wir niemals aufgeben dürfen. Deshalb gibt es diese roten Linien für uns und es wird sie auch in Zukunft geben: Unsere Positionen und Haltungen sind uns wichtiger als Posten und Ämter. Denn wenn wir gewisse Sachen zum Schaden der Menschen mittragen würden, dann könnten wir den Leuten, die uns ihr Vertrauen gegeben haben, nicht mehr in die Augen schauen.

Du hattest vorhin gesagt, dass sich der Sozialismus sicher nicht auf kommunaler Ebene allein verwirklichen lässt. Welche Rolle spielt die Kommunalpolitik in der langfristigen Strategie eurer Partei und wie haltet ihr es mit der Frage der Regierungsbeteiligung allgemein? Es gibt ja auch Teils vehemente Ablehnung und scharfe Kritik von Teilen der außerparlamentarischen Linken an jeglicher Form linker Politik innerhalb des bürgerlichen Staatsapparates.

Ich denke, hier muss man zwischen einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene, wo man als Teil einer bürgerlichen Koalition auch Teil des bürgerlichen Herrschafts- und Staatsapparates werden würde, und der kommunalen Ebene unterscheiden. Auf kommunaler Ebene ist der Herrschaftscharakter ein viel mittelbarer, umgekehrt gibt es Widerstandspotentiale sowie gewisse Gestaltungsräume im Sinne solidarischer Politik und Gemeinwohlorientierung. Dazu gibt es ja auch einen durchaus breiten Erfahrungsschatz von europäischen Gemeinden und Städten, die von Kommunistischen Parteien regiert wurden und werden – etwa in Portugal, Griechenland oder Frankreich.

Wir sagen, wir wollen eine Stadt an der Seite der Bevölkerung formen, Gemeinwohlorientierung und Solidarität stärken. Dabei ist es ein Unterschied, ob du für ein kommunales Gesundheitsamt zuständig wird oder ein Ministerium auf

Bundesebene leitest. Auf der Kommunalebene bist du einem viel unmittelbaren Austausch mit der Bevölkerung. Als KPÖ haben wir für uns formuliert, dass wir mit diesem Projekt Selbstbewusstsein von unten und Klassenbewusstsein stärken wollen. Dafür stehen wir auch in der Kritik der lokalen Eliten. Sie konnten es schon 2021 nicht fassen und nun geht der vermeintliche „Albtraum“ für sie weiter. Also dass sie eben nicht mehr den Zugriff auf die städtischen Mittel und Möglichkeiten haben, dass es eben nicht mehr ein, zwei bürgerliche Parteien gibt, die in Kombination mit der Wirtschaftskammer, der Industriellenvereinigung, den Immobilienkonzernen und ein paar reichen Großbürgersfamilien alles unter sich ausmachen können. Das macht definitiv einen Unterschied und auf kommunaler Ebene ist da einiges möglich.

Welche Rolle spielt nun die kommunale Arbeit in einer breiteren kommunistischen Strategie. Hier komme ich nochmal zurück auf den vorher von mir erwähnten Kampf gegen die Ohnmacht und die Resignation. Es geht darum sichtbar zu machen, dass es eben auch anders gehen kann. Das kann vor Ort in der Kommune greifbar werden und unser Beispiel strahlt auch jetzt schon weit über Graz hinaus. In Österreich nehmen viele fortschrittlich denkende Menschen, aber auch viele Menschen, die frustriert und desillusioniert von der herrschenden politischen Kaste sind, unser Projekt positiv wahr. Es ist ein Hoffnungsschimmer für viele Menschen. Der Antikommunismus ist ja auch in Österreich vorhanden und auch in Graz nicht überwunden. Aber genau hier ist es wichtig, dass die Menschen eine kommunistische Bürgermeisterin erleben können, die eben ganz anders ist, als all die anderen Politiker. Wir machen die Probleme der Menschen zu unseren eigenen Anliegen und das gibt es in der ganzen technokratischen Polit- und Medien-Bubble sonst gar nicht mehr. Eine Krankenpflegerin spielt da genauso wenig eine Rolle wie ein Fließbandarbeiter oder eine Reinigungskraft. Die Menschen fühlen sich deshalb dort gar nicht mehr vertreten. Tatsächlich werden sie auch nicht vertreten. Durch unsere Arbeit aber nehmen die Menschen auch außerhalb von Graz wahr, dass es eine politische Kraft gibt, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung artikuliert. Und es zeigt, dass die vielen vermeintlich „kleinen Leute“ vereint stärker sein können als die Vertreter des großen Geldes.

Das macht neue gedankliche Spielräume auf, darüber zu diskutieren, wofür die Kommunistische Partei steht und was es

eigentlich mit „diesem Kommunismus“ auf sich hat. Wir verstehen den Parteaufbau so, dass er sich nur von Unten nach Oben vollziehen kann und in den letzten Jahren funktioniert das nicht schlecht. Neben Graz sind wir seit Jahrzehnten in vielen obersteirischen Industriestädten verankert und konnten uns auch in der schwierigen Phase der 90er- und 2000er-Jahre halten. Gleichzeitig ist es uns gelungen, dass die KPÖ in Salzburg zur zweitstärksten Kraft geworden ist und auch in Innsbruck und St. Pölten in den Gemeinderat einziehen konnte. Wir sind mittlerweile in mehr als der Hälfte der österreichischen Landeshauptstädte vertreten und bei der letzten Wahl in Wien ist die KPÖ auf starke vier Prozent gekommen und ist nun in allen Bezirksparlamenten vertreten. Warum ist der Aufbau der Partei von Unten nach Oben und die kommunale Verankerung so wichtig? Weil wir als Partei dabei enorm viel lernen können. Natürlich gibt es das Wissen aus den Büchern, von den Klassikern, von Marx, Engels und Lenin und den darauf aufbauenden Schriften. Die Zeit der gesellschaftlichen Isolation in den 90er und 2000er Jahre, das Nischendasein das man führen musste, hat viele Teile der Linken in ihrer Theorie und Praxis geprägt. In anderen Perioden der Arbeiter:innenbewegung war das anders. Da war der tägliche Kontakt mit den Menschen der Sauerstoff der Parteien, ganz egal ob wir uns die KPD in der Weimarer Republik anschauen, die Kommunistische Partei in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg oder auch dorthin schauen, wo es noch kommunistische Massenparteien gibt, wie die PCP in Portugal, in Zypern die AKEL oder auch die KKE in Griechenland. Eine ähnlich breite Verankerung einer Kommunistischen Partei in der Bevölkerung wie in Graz, finden wir im deutschsprachigen Raum kaum. Daher war und ist es für uns wichtig, Mittel und Wege zu finden, in denen wir im Alltag der Menschen eine Rolle spielen können, die Menschen uns im besten Fall als die Vertreter ihrer Interessen wahrnehmen können und selbst aktiv werden. Es geht dann eben nicht mehr um ein Nischendasein, darum ein Szenelokal aufzubauen oder einen alternativen Stadtteil zu organisieren.

“

***Wir verstehen den Parteaufbau so,
dass er sich nur von Unten
nach Oben vollziehen kann.***

Ich denke zum Beispiel an meine Wohnumgebung: Das ist ein klassischer Arbeiterbezirk in einer kleinen österreichischen Großstadt. Man sieht hier keine roten Fahnen oder auch kaum linke Graffitis, aber die Kommunistische Partei hat hier 54 Prozent der Stimmen erhalten. Man sieht das nicht auf Anhieb, aber es bedeutet, dass wir hier und in vielen anderen Stadtteilen die Köpfe und Herzen vieler Menschen erreichen konnten. Für ein weiteres Wachsen der Partei ist das unser Sauerstoff. Wenn wir das über die kommunale Ebene auf ganz Österreich ausweiten wollen, dann haben wir aber natürlich noch viel Luft nach oben. Dafür müssen wir zum Beispiel die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit weiter entwickeln. Auch wenn uns in manchen Bereichen erste Erfolge gelungen sind und wir uns verankern konnten, gilt das für andere Bereiche eben noch nicht. Manchmal wird die KPÖ Graz in einer linken Außenbetrachtung als eine Art fertiges, abgeschlossenes Produkt betrachtet. Das sehen wir selbst aber keineswegs so. Wir sind weiterhin im täglichen Wachsen und du musst auch täglich schauen, dass du nicht wieder zurückfällst. Auch wenn wir auf kommunaler Ebene gut aufgestellt sind, haben wir zum Beispiel in betrieblichen und gewerkschaftlichen noch irrsinnig viel zu tun, zu lernen und zu entwickeln.

Wie habt ihr euch denn bisher versucht in den betrieblichen Arbeiten und auch über die Kommunalpolitik hinaus aufzustellen?

Wir haben den Gewerkschaftlichen Linksblock GLB-KPÖ als Vertretung in Betrieben und der Arbeiterkammer sowie etwa auch einen KPÖ-Arbeitskreis zu Gesundheit und Pflege, wo wir nochmal eine spezielle Berufsgruppen-Organisation machen. Sehr wichtig war da für uns die große Pflege-Protestbewegung Anfang des Jahres in Graz und der Steiermark gegen die angekündigte Senkung des Pflegeschlüssels in den Pflegewohnheimen. Im Allgemeinen versuchen wir, Menschen spezifisch entlang ihrer bestimmten Lebensumstände zu erreichen, also etwa auch Schüler:innen, Studierende und junge Arbeiter:innen. Das machen wir in Zusammenarbeit mit den Genoss:innen vom Jugendverband. An dieser Stelle ist es wichtig zu betonen, dass die als KPÖ nicht alleine arbeitet, sondern wir auch versuchen unterschiedliche Teile der Gesellschaft durch unsere befreundeten Organisationen zu erreichen. Da spielen die Jugendorganisationen natürlich eine

große und entscheidende Rolle. Vor allem die Kommunistische Jugend Österreichs (KJÖ), aber auch der Kommunistische Studierendenverband (KSV) und Junge Linke hatten im Wahlkampf eine wichtige unterstützende Funktion. Ein Ergebnis von 35 Prozent wäre nicht möglich gewesen, wenn wir nicht die Unterstützung aller Generationen gehabt hätten.

Wir merken, dass es gerade unter jungen Menschen einen frischen Wind und eine Aufgeschlossenheit gegenüber anti-kapitalistischen und marxistischen Ideen gibt. Ich glaube, auch in Deutschland gibt es durchaus ein solches Momentum. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der jungen Menschen weiß, dass der Kapitalismus für sie keine lebenswerte Zukunft bieten kann. Sie sind auf der Suche nach etwas Neuem und als Kommunistische Partei und kommunistische Jugendorganisationen haben wir eine Verantwortung gegenüber dieser Generation. Denn die Suche nach einer besseren Welt kann auch von neofaschistischen oder auch religiös-fundamentalistischen Kräften absorbiert werden, die versuchen, junge Leute mit ihren Sinn- und Heilsversprechen zu ködern. Daher spielt die Jugendarbeit eine so bedeutende und entscheidende Rolle.

Aus deinen Ausführungen geht ja deutlich hervor, dass die Vorbedingung für den heutigen Erfolg der Prozess der Neuorientierung und Erneuerung der KPÖ, nach der historischen Niederlage der sozialistischen und kommunistischen Bewegung in den 90er Jahren war. Ich denke es ist nicht falsch zu behaupten, dass die Diskussion um eine Neuausrichtung sozialistischer Politik im 21. Jahrhundert auch weiterhin andauert. Kannst du ein wenig davon erzählen wie dieser Prozess der Neuorientierung in der KPÖ verlaufen ist?

In den 90er-Jahren gab es unterschiedliche Strömungen in der KPÖ. Manche wollten ganz offen die Auflösung beziehungsweise Umbenennung und Sozialdemokratisierung der KPÖ. Dieser Flügel hat sich glücklicherweise nicht durchsetzen können. Aber es blieben die Auseinandersetzungen zwischen dieser Tendenz und denjenigen, die gesagt haben, wir wollen uns erneuern, aber eine Kommunistische Partei bleiben, dass also der Marxismus für uns weiterhin ein Kompass und Werkzeug bleibt. Der Kern dieser Linie war die KPÖ Graz und die KPÖ in der Steiermark. Wir haben den Kurs in Richtung einer transformatorischen Linken, einer reinen Bündnislinken

abgelehnt. Dieser Kurs war in den 90er- und 2000er-Jahren äußerst populär. Damals hatte man ja das Ende der Parteien und parteiförmigen Organisation überhaupt ausgerufen. Auch in Teilen der KPÖ waren diese Ideen populär.

Als ich mich selbst zu Beginn der 2000er-Jahre der Kommunistischen Jugend angeschlossen habe, hatte ich mitunter das Gefühl, dass Teile der Partei sich entschuldigen wollten, dass man KPÖ heiße, dass man überhaupt eine Partei sei und so weiter. Die damalige Führung wollte statt einer marxistischen Orientierung in die politische Breite gehen und, wie das damals hieß, zivilgesellschaftliche Bündnisse schaffen. Mit dem Ergebnis, dass die Bündnispartner äußerst rar gesät und meist auch schnell wieder weg waren. Denn die wollten umgekehrt nicht mit einer KPÖ zusammenarbeiten, der ein eigener Kompass fehlt.

Einen anderen Weg hat die steirische KPÖ entlang der Linie ‚Eine nützliche Partei für das tägliche Leben und die großen Ziele der Arbeiter:innenbewegung‘ eingeschlagen und eine neue Praxis entwickelt. Das hat sich in all den Jahren und mittlerweile Jahrzehnten nicht als ganz falsch erwiesen. Dabei haben wir unseren marxistischen Kompass beibehalten und sind weder in linke Beliebigkeit noch in Karriereorientierung abgerutscht. Uns geht es in erster Linie um unsere Bündnisfähigkeit mit der Bevölkerung. Unsere wichtigste Koalition ist immer die mit der Bevölkerung. Das haben leider viele linke Parteien irgendwann vergessen, die nur noch im parlamentarischen Betrieb und irgendwelchen Gremien unterwegs sind. Dennoch hat es auf bundesweiter Ebene sehr lange gedauert, diese Orientierung umzusetzen. Man könnte glauben, als die KPÖ 2003 erstmalig bei 20 Prozent lag und sogar die CIA sich in der US-Botschaft in Wien erkundigt hat, was denn da los sei in Graz, dass dann auch die Bundespartei gesagt hätte: Nun gut, so falsch kann der Weg ja nicht sein.

“

***Ich bin davon überzeugt,
dass eine Kommunistische Partei
eine Sprache finden muss, die von
der Bevölkerung verstanden wird.***

Doch tatsächlich hat es fast 20 Jahre gedauert und erst mit dem vorletzten Bundesparteitag der KPÖ hat eine allgemeine Umorientierung stattgefunden. Konzepte wie der klare Fokus auf soziale Fragen, Fokus auf das Thema Wohnen oder die Gehaltsobergrenze samt Kritik an den hohen Gehältern der politischen Kaste, welche weit abgehoben von der Bevölkerung lebt. Ich bin zudem davon überzeugt, dass eine Kommunistische Partei eine Sprache finden muss, die von der Bevölkerung verstanden wird. Sie darf mit den Menschen nicht in einer gelehrten Sprache reden, sondern soll vor allem sehr viel zuhören, fragen, wie es den Menschen geht und verstehen, wo der Schuh drückt.

Davon abgeleitet braucht es eine konkrete Praxis, wo Menschen andocken können, die sich politisch engagieren wollen. Es braucht Kreativität und griffige Ideen und mitunter ganz neue Formen, wie man Menschen erreichen kann. Und ganz wichtig ist, es darf auch nicht spaßbefreit sein. Die Organisation in einer Kommunistischen Partei kann und soll Freude machen. Es ist sehr wichtig, was du ausstrahlst und wie du auf Menschen zugehst. Eine solidarische Kultur in der eigenen Organisation ist unverzichtbar. Wenn wir eine andere Gesellschaft wollen, dann ist es wichtig, dass wir in der eigenen Organisation aufeinander schauen und bei aller Notwendigkeit der Kritik und dem Versuch, immer besser zu werden, auch gut miteinander umgehen. Ein wichtiger anderer Punkt ist auch die Effizienz einer Organisation. Also wenn ich 80 Prozent meiner Zeit darauf verwende, interne Kritiken zu üben und Debatten zu führen, dann bleiben halt nur noch 20 Prozent für den Austausch mit der Bevölkerung. Oft wird von Kommunist:innen unterschätzt, dass wir auch selbst erstmal lernen müssen. Und zwar nicht nur aus theoretischen Texten, sondern eben auch aus Gesprächen mit den Menschen über ihre Wohnsituation, ihre Arbeitsverhältnisse, ihre Sicht auf die Welt, warum sie zu diesen oder jenen Schlüssen kommen. Unter den über 43.000 Menschen, die uns jetzt in Graz gewählt haben, hat eine Minderheit ein ausgeprägtes marxistisches Weltbild, aber dennoch teilen viele Menschen viele unserer Standpunkte und können mit unseren Ideen etwas anfangen. Für uns ist es daher wichtig, unser theoretisches Wissen mit dem Wissen um die Lebensverhältnisse der Menschen zu vereinen, wirklich zu verstehen, wie es um das Alltagsbewusstsein der Menschen steht und wie wir dieses wiederum positiv beeinflussen können.

Eine letzte Frage zur Organisation der KPÖ. Auf eurer Webseite heißt es in einem Schulungstext, dass die KPÖ auch eine langfristige Kaderpolitik entwickelt. Nun ist auch der Begriff des Kaders, ein stark umkämpfter und umstrittener Begriff. Was versteht ihr als KPÖ darunter?

Da gibt es ja schon sehr unterschiedliche Interpretationen und Auslegungen davon. Aus meiner Sicht muss man aufpassen, den Begriff des Kaders nicht zu fetischisieren. Letztendlich, was soll ein Kader einer Kommunistischen Partei sein? Jemand die/der dazu bereit ist, besonders viel Verantwortung zu übernehmen. Und das setzt natürlich idealerweise auch Fähigkeiten und Können vor, das sich die Genoss:innen selbst angeeignet und gemeinsam gelernt haben. Sonst geht das mit der vielen Verantwortung den Bach runter. Also um es so zu sagen, als KPÖ Graz und Steiermark, halten wir uns tatsächlich mit dem Begriff des Kaders nicht so sehr auf. Es gibt Funktionen in unserer Partei und es ist wichtig, dass diese ausgeübt werden. Und natürlich muss eine Partei immer darauf achten, dass möglichst viele ihrer Mitglieder und auch Sympathisant:innen, möglichst viele Fähigkeiten und Fertigkeiten und vor allem auch Selbstvertrauen im Tun und im Umgang mit Menschen entwickeln.

“

Ein Kader darf sich auch für keine Arbeit zu schade sein oder gar annehmen, etwas Besseres als jemand anderer zu sein.

Damit schafft man idealerweise möglichst viele Arme, Herzen und Hirne der Partei. Dabei sollte man auch darauf achten, dass man kein falsches Hierarchieverständnis hat. Für uns als Grazer KPÖ ist es sehr wichtig, das alle auch alles machen. Also, dass auch die Elke als Bürgermeisterin oder ich als Stadtrat gemeinsam die Kaffeetassen abwaschen, dass wir bei unseren Festen und Veranstaltungen Bier ausschenken oder am nächsten Tag die Tische zusammenklappen und beim Aufräumen helfen. Wenn wir von Kadern reden, dann ist es besonders wichtig festzuhalten, dass sich ein Kader auch für keine Arbeit zu schade sein darf oder gar annehmen darf, etwas Besseres als jemand anderer zu sein. Weil ab diesem Zeitpunkt kann es nur in die verkehrte Richtung gehen.







Von Josef Christian Aigner, **Die Furche**,
16. Juli 2026, furche.at

DIE NACHHALTIGE REVOLUTION DER ELKE KAHR

Warum die Haltung der Grazer Bürgermeisterin nicht nur „Antikapitalismus der Herzen“ ist, wie Christian Schacherreiter schrieb, sondern auch ein Rezept gegen die Rechte. Eine Replik.

Der neuerliche Erfolg der KPÖ-Bürgermeisterin in Graz und seine Zurückführung auf die „Persönlichkeit“ Elke Kahr, ihre Glaubwürdigkeit, Authentizität und ihr soziales Engagement bedeuten letztlich auch eine geharnischte Kritik am Führungspersonal der anderen Parteien: Haben die keine glaubwürdigen, authentischen Persönlichkeiten mit sozialem Engagement? Dagegen beeindruckt Kahr mit Werthaltungen, von denen sich andere Parteien – sogenannte „christliche“ wie auch sozialdemokratische – ein Stück abschneiden könnten:

So begründete sie ihren und den KPÖ-Erfolg in einem Standard-Interview damit, „dass wir immer an der Seite der Leute sind [...]. Mir ist die Augenhöhe wichtig. Wurscht, wer das ist: ob das der Chef eines großen Industriebetriebs ist; oder eine ältere Dame, die nicht mehr in ihre Wohnung kommt, weil kein Lift da ist und sie eine andere Wohnung braucht; oder einer, der aus der Haft entlassen ist und nicht weiterweiß. Jeder, wurscht wie er aussieht oder aus welchem sozialen Milieu er kommt, ist wichtig“. Dazu passt (neben dem hohen Gehaltsverzicht von Kahr und ihren Genossinnen und Genossen) eine Aussage Kahrs, als man sie mit der Caritas verglich: „Das ehrt mich.“

NICHT UDSSR, SONDERN BEFREIUNGSTHEOLOGIE

Das erinnert auch an den Einsatz engagierter Christen für mehr soziale Gerechtigkeit. Vieles davon waren auch Anliegen des sozialpolitischen Engagements des „Marxisten“ in Rom, wie Konservative den verstorbenen Papst Franziskus oft nannten. Und es verweist auch auf das „Urchristentum“, dessen Ideale des Teilens und der Solidarität oft in die Nähe kommunistischer Ideale gerückt wurden. Dabei sind aber nicht sowjetische oder chinesische Ausprägungen von Kommunismus (die ja eh gescheitert sind) gemeint, sondern die Befreiungstheologie, der Dialog Christentum und Marxismus oder die vom katholischen Priester Wilhelm Hohoff (1848–1923) in Auseinandersetzung mit Karl Marx und August Bebel vertretene Idee eines „christlichen Sozialismus“. Hohoff befürwortete schon früh eine „Marktwirtschaft“, allerdings nach den aus dem Christentum abgeleiteten Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität – in Abgrenzung vom Kommunismus, aber mit ähnlichen sozialpolitischen Zielen.

Jedenfalls erscheinen die Handlungsprinzipien Elke Kahrs sehr herausfordernd für einen radikalen Bruch mit gewohnten politischen Gepflogenheiten: keine Freunderlwirtschaft, keine Selbstdarstellungslust, keine Vertretung nur bestimmter Interessensgruppen, keine Abgehobenheit und Distanz zu Bürgerinteressen, keine Mandate mit satten Nebenverdiensten, keine Wirtschaftshörigkeit statt Klimaschutz u.v.m. Auch wenn jene, die so denken, häufig als naiv beschimpft werden, wird nach diesem Grazer Signal ohne solche Veränderungen nichts mehr erfolgreich gegen den rechten Populismus gehen.

Nun stünde die ÖVP etwa von der Tradition her Kirche und Caritas näher als eine „Kommunistin“ – lernt sie etwas daraus? Oder die SPÖ? Gerade einen aus der Arbeiterschaft stammenden Parteichef müssten doch Koalitions-Kompromisse zu Lasten der kleinsten Einkommens-Bezieher (und der Frauen) sehr schmerzen. Nicht umsonst gingen viele SPÖ-Wählerinnen zur KPÖ. Vor allem aber ist diese glaubhaft gelebte Nähe zu den weniger Begüterten eine Trumpfkarte gegenüber Kickl und den Rechten: So war der FPÖ-Zugewinn in Graz ja jämmerlich – trotz Einsatzes von Kickl und Kunasek. Offenbar hat die KPÖ viele der „Vergessenen“, sich „abgehängt“ Fühlenden und Zornigen von der Wahl der FPÖ abgehalten und gezeigt, wie man ohne den blauen Spuk auskommen könnte.

“

**Die spürbare Nähe
zu den Schwächeren
nimmt den Populisten
die Möglichkeit,
sie an sich zu binden.**

Insgesamt scheint diese nicht-elitäre Politik ohne jeden „Zeigefinger“ davor gefeit, dass Prinzipien, die in manch politisch linker oder grüner „Blase“ selbstverständlich erscheinen, außerhalb davon (etwa auch am Land) als nicht selbstverständlich gelten und als im Widerspruch zu den Sorgen der „kleinen Leute“ erlebt werden. So verstand man etwa die Maßnahmen zur LGBTQIA-Unterstützung in Graz oder

die Beflaggung der Straßenbahnen mit Regenbogenfahnen immer als Teil der allgemeinen Politik für die Menschenrechte – wie etwa auch das „Menschenrecht“ auf Wohnen, ohne das identitätspolitisch überzubetonen.

Eine solche Haltung – abseits belehrender, intellektuell abgehobener Ansprüche – kann eine Rezeptur für Wahlerfolge gegen die Rechten sein: Denn die spürbare Nähe zu den sozial Schwächeren nimmt den rechten Populisten auch die Möglichkeit, diese Verunsicherten gegen vermeintlich Schuldige (das „System“, „die da oben“, Migranten, Transsexuelle usw.) aufzuhetzen und sie emotional an sich zu binden.

KPÖ: ZWANG ZU NEUEM NAMEN?

Und selbst der historisch belastete Begriff „kommunistisch“ hat dieser Politik nichts anhaben können – auch wenn Christian Schacherreiter letzte Woche die dunkelrote Kapitalismuskritik sowie die von Experten empfohlenen Vermögenssteuern in ÖVP-Manier („Kapitalflucht“) als KPÖ-Flausen ins Lächerliche zog und Wilfried Stadler im „Klartext“ vor der „Unempfindlichkeit“ gegenüber diesem Parteinamen warnte. Aber Hand auf's Herz: Auch in der Geschichte der katholischen Kirche oder der Blauen finden sich Züge von Menschenverachtung und Unfreiheit, ohne dass jemand eine Änderung des Namens verlangt hätte. Oder?



UNTES
GRAZ
ATT BLAU-
SCHWARZ!

KPO

RED:
OUT

BEING
QUEER
IS LIKE
CLITTER
IT NEVER
GOES AWAY

PRIDE
FOR PEOPLE
NOT FOR
PROFIT!

KPO

RED:
OUT

TRIUMPH DES MACHBAREN

Dass die KPÖ mit der beliebten Bürgermeisterin Elke Kahr an der Spitze die Grazer Gemeinderatswahlen abermals gewinnen würde, war allgemein erwartet worden. Mit einem Zugewinn von sieben Prozent hatte dann allerdings doch niemand gerechnet. Als die KPÖ vor fünf Jahren zur stärksten politischen Kraft in der steirischen Landeshauptstadt avancierte, hofften die politischen Gegner noch, dass das Wahlvolk sich einmalig verwählt und nur nach einem Ventil gesucht habe, um gegen den langjährigen Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP) und seine so teuren wie sinnlosen Prestigeprojekte zu protestieren. Aber die Grazer KPÖ war nie bloß eine Protestpartei. Aufgrund des Proporzsystems ist sie

schon seit den 1990er Jahren an der Stadtregierung beteiligt, Elke Kahr konnte sich als Wohnbau-, später als Verkehrsstadträtin profilieren, ehe sie die Stadtregierung anführte, mit den Grünen und der SPÖ als Koalitionspartner.

Auch in diesem Wahlkampf haben die Boulevardmedien wieder tief in die antikommunistische Mottenkiste gegriffen. Zudem war Elke Kahr mit dem Vorwurf konfrontiert, ihr Amt als Sozialarbeiterin zu führen, und wurde des Stimmenkaufs bezichtigt, weil sie einen größeren Teil ihres Gehalts für soziale Zwecke spendet. Was die politischen Gegner aber zur Weißglut bringt und worauf sie keine Antwort haben, ist die

Unkorruptierbarkeit der KPÖ-Mandatare. Mit ihnen kann man die gewohnten Deals nicht machen und sich den Kuchen auf schlecht Österreichisch aufteilen. Derweil überzeugen Kahr und die beiden KPÖ-Stadträte Manfred Eber (Finanzen) oder Robert Krotzer (Gesundheit), für die Grazer immer erreichbar- und ansprechbar, mit einer Kommunalpolitik des Machbaren. Wo die Stadt Einfluss hat, sorgt sie für vernünftige Arbeitsbedingungen, Kostensteigerungen werden, so weit möglich, nicht gleich weitergegeben. Elke Kahrs Motti lauten: »Soziales darf nicht untergehen«; »Privatisierung ist Diebstahl am öffentlichen Eigentum«; »Ohne Privilegien geht's auch«.

“

***Was die politischen Gegner
aber zur Weißglut bringt
und worauf sie keine Antwort haben,
ist die Unkorruptierbarkeit
der KPÖ-Mandatare.***

Interessanter als das Ausmaß des KPÖ-Zugewinns sind aber andere Aspekte des Wahlergebnisses: Die ÖVP stagniert fünf Jahre nach der großen Schlappe bei 25 Prozent. Die FPÖ – in Graz viertstärkste Kraft – konnte nur minimal dazugewinnen und hält bei mickrigen zwölf Prozent. Zwar ist die Grazer FPÖ von Finanz- und Korruptionsskandalen gebeutelt. Die Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene aber hätten besser nicht sein können. Die FPÖ stellt mit Mario Kunasek in der Steiermark einen so reaktionären wie populären Landeshauptmann, während die Umfragewerte der Bundes-FPÖ unter Herbert Kickl in den Himmel wachsen und die unglücklich agierende Bundesregierung drauf und dran ist, ihm zur absoluten Mehrheit zu verhelfen.

Die Grazer KPÖ – und das sollte manchen eine Lehre sein – ist nicht damit angetreten, irgend jemanden verhindern zu wollen. Sie hat vernünftige Vorschläge gemacht, vielleicht unter Beimengung einer gesunden Prise Linkspopulismus. Und sie hat nicht diffus »gegen rechts« kampagnisiert, sondern unermüdlich und en détail auf die unsoziale Programmatik und das entsprechende Abstimmungsverhalten der FPÖ hingewiesen.



»WIR VERSPRECHE WAS WIR NICHT HA

35,7 Prozent für die KPÖ bei der Grazer Gemeinderatswahl Ende Juni: Während viele linke Parteien in Europa noch nach einer erfolgreichen Strategie suchen, baut die KPÖ ihren Wahlerfolg von 2021 weiter aus. Bürgermeisterin Elke Kahr erklärt im Interview, warum ihre Partei auf Verlässlichkeit statt großer Versprechen setzt, weshalb konkrete Hilfe wichtiger ist als ideologische Debatten – und warum linke Politik ohne Nähe zu den Menschen nicht funktionieren kann.

der Freitag: *Frau Kahr, mit 35,7 Prozent hat die KPÖ bei der Grazer Gemeinderatswahl Ende Juni einen großen Erfolg erzielt und ihr vorheriges Ergebnis sogar noch übertroffen. Wie haben Sie sich am Abend gefühlt, als das Ergebnis kam?*

Elke Kahr: Mit so einem Zugewinn haben weder ich noch irgendjemand in unserer Partei gerechnet. Ich habe eher befürchtet, dass viele Leute gar nicht wählen gehen oder sich dann für eine andere Partei entscheiden. Dass es dann tatsächlich ganz anders gekommen ist, war überraschend.

Woher kamen die neuen Wähler?

Offenbar konnten wir nicht nur die Menschen erreichen, die uns bisher schon vertraut haben, sondern auch sehr viele

Nichtwähler. Das freut uns besonders. Trotz dieses für uns historischen Ergebnisses werden wir aber auch nicht übermütig. Es ist heute ja keineswegs selbstverständlich, dass Parteien bei Wahlen ein so großes Vertrauen geschenkt bekommen. Dass wir unser Ergebnis noch einmal bestätigen konnten, ist ein Privileg. Dessen sind wir uns durchaus bewusst.

Was waren die entscheidenden Gründe dafür, dass Sie so deutlich gewonnen haben?

Da spielen aus meiner Sicht mehrere Faktoren eine Rolle. Natürlich hat unser Erfolg mit unserer Geschichte zu tun. Wir tragen seit 1998 Ressortverantwortung in Graz. Seit 2012 sind wir die zweitstärkste Partei, und 2021 sind wir erstmals stärkste Partei geworden. Das ist über Jahrzehnte erworbenes Vertrauen.

Die Menschen kennen uns, und sie wissen, dass wir vor einer Wahl nichts versprechen, das wir nicht halten können. Wir fordern auch keine Dinge, von denen wir wissen, dass wir sie nicht umsetzen können. Ich kann auf kommunaler Ebene nicht sagen: Wir führen die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ein. Das ist zwar eine politische Position von uns, aber wir können das auf kommunaler Ebene nicht beschließen. Entscheidend ist, aufrichtig, verlässlich und für die Menschen greifbar zu bleiben.

EN NICHTS, ALTEN KÖNNEN»

Ende Juni gewann die KPÖ die Grazer Wahl mit 35,7 Prozent und baute ihren Erfolg von 2021 aus. Während linke Parteien in Europa um jede Stimme kämpfen, holt eine Kommunistin Nichtwähler zurück an die Urne. Wie gelingt ihr das? Ein Gespräch.

Was bedeutet das konkret?

Ich bin seit 2005 Stadträtin und seit 2021 Bürgermeisterin. Egal in welcher Funktion: Ich habe jedes Jahr mit Tausenden Menschen ganz konkret zu tun – in Beratungsgesprächen, bei Veranstaltungen, an Ständen. Wir helfen den Leuten bei ihren unmittelbaren Anliegen. Unser direkter Bündnispartner, unser wichtigstes Korrektiv und unser Kompass ist die Bevölkerung. Diesen Politikstil haben wir seit Jahrzehnten.

In vielen europäischen Ländern gewinnen rechte Parteien mit dem Versprechen, sich um die „kleinen Leute“ zu kümmern. Warum gelingt es der KPÖ, Menschen aus diesen Milieus anzusprechen, ohne nach rechts zu rücken?

Wir fragen nicht, aus welchem Milieu jemand kommt oder wo jemand politisch steht. Wir nehmen die Anliegen auf und versuchen, Lösungen zu finden. Das bedeutet nicht, jedem nach dem Mund zu reden. Die Menschen haben ein Recht darauf, mit ihren Sorgen ernst genommen zu werden. Rechte Parteien täuschen das oft vor, aber sie haben kein echtes Interesse daran, wie es den Leuten geht.

Entscheidend ist gleichzeitig auch, was anders wird. Was haben Sie in der Regierung konkret umgesetzt?

Mit unseren Koalitionspartnern haben wir das größte kommunale Investitionspaket seit Jahrzehnten umgesetzt. Ein paar Beispiele: Allein in der vergangenen Periode konnten wir 500 neue Gemeindewohnungen bauen und Grundstücke für weitere sichern. Wir haben das Straßenbahnnetz ausgebaut, neue, moderne Straßenbahnen gekauft, Waldflächen gesichert und neue Parkanlagen errichtet.

Außerdem haben wir 22 Stadtteilzentren aufgebaut. Das sind wichtige Einrichtungen, in denen Menschen Nachbarschaftshilfe organisieren oder Angebote wie Nachhilfe, Computerkurse oder kulturelle Veranstaltungen nutzen können. Aktuell bauen wir auch eine kommunale Großküche, die künftig täglich 14.000 Essensportionen für Kitas und Schulen bereitstellen wird.

Was sind für die nächsten Jahre die wichtigsten Vorhaben?

In den kommenden Jahren wird es keine großen neuen Projekte geben. Dafür fehlt schlicht der finanzielle Spielraum. Das haben wir auch schon vor der Wahl offen gesagt. Das Allerwichtigste ist tatsächlich, das Erreichte zu sichern. Graz hat ein sehr hohes Niveau an öffentlichen Leistungen, und dieses Niveau zu halten, wird die große Kunst sein. Wir werden also weiter Kinderbetreuungseinrichtungen ausbauen, Schulen sanieren und in die kommunale Infrastruktur investieren.

Möglicherweise dann aber wohl etwas langsamer als bisher. Das klingt vielleicht nicht spektakulär, aber es sind enorme Investitionen. Und viele Städte und Gemeinden können sich selbst das inzwischen nicht mehr leisten.

Wie beeinflussen Landes- und Bundespolitik die Finanzen?

Mehr an positiven Veränderungen wird nur möglich sein, wenn sich an der Verteilung der Mittel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden etwas ändert. Nach den derzeitigen politischen Mehrheitsverhältnissen ist das allerdings kurzfristig wohl nicht zu erwarten. Auf Bundes- und Landesebene erleben wir viel mehr massive Kürzungen. Ein Beispiel ist die Antidiskriminierungsstelle. Diese Einrichtung gibt es seit Jahrzehnten, doch die Finanzierung wurde auf null gesetzt. Wir haben diese fehlenden Mittel nun kompensiert.

Was bedeutet es, als linksregierte Stadt in einem rechtsregierten Bundesland zu liegen?

Die schwarz-blaue Landesregierung der Steiermark von ÖVP und FPÖ hat nie wirklich begriffen, welche Bedeutung Graz als Landeshauptstadt hat. Graz ist die zweitgrößte Stadt Österreichs außerhalb Wiens, in der Umgebung leben fast 600.000 Menschen. Die Stadt wächst weiterhin stark. Mehr Menschen brauchen also mehr Infrastruktur und mehr öffentliche Leistungen. Trotzdem ist vom Land in dieser Hinsicht wenig zu erwarten. Wir machen uns keine Illusionen, dass es uns über seine gesetzlichen Verpflichtungen hinaus wesentlich entgegenkommen wird. Das meiste müssen wir aus eigener Kraft stemmen.

Wie treffen Sie dann schwierige finanzielle Budget-Entscheidungen?

Wenn es darum geht, für 100.000 Euro ein Nachhaltigkeitskonzept für klimafitte Gemeinden erstellen zu lassen, würden wir dieses Geld künftig vielleicht lieber direkt investieren – etwa indem wir mehr Bäume pflanzen. Das hilft den Menschen unmittelbar.

Wir werden aber auch überlegen müssen, wie wir auf der Einnahmenseite zusätzliche Spielräume schaffen können. In Graz

haben wir an heißen Sommertagen beispielsweise eine angespannte Wassersituation. Wir haben das große Privileg, über hochwertiges Trinkwasser zu verfügen. Dieses Trinkwasser sollte aber in Zeiten von Trockenheit nicht dafür verwendet werden, private Swimmingpools zu befüllen. Wir wollen das nicht verbieten, aber wir könnten uns vorstellen, dass für einen entsprechend hohen Wasserverbrauch ein höherer Preis gilt. Ob wir das einführen können, werden wir prüfen.

Warum ist Ihre Politik gerade in Graz so erfolgreich, während die KPÖ in anderen Teilen Österreichs noch deutlich schwächer ist?

Darauf kann ich nur mit meiner eigenen Erfahrung antworten. Ich bin seit über 40 Jahren Mitglied der KPÖ und habe ihre Entwicklung über all diese Jahre miterlebt. In Graz sind wir dabei einen eigenständigen Weg gegangen. Damals, nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten, haben wir gesagt: Wir können den Menschen nicht nur die Welt erklären und sie auf eine bessere Zukunft vertragen.

Wir müssen eine kommunistische Partei bleiben – gleichzeitig müssen wir aber auch eine im Alltag nützliche Partei sein, die den Menschen bei ihren konkreten Problemen hilft.

“

Wir müssen eine kommunistische Partei bleiben – gleichzeitig müssen wir aber auch eine im Alltag nützliche Partei sein, die den Menschen bei ihren konkreten Problemen hilft.

Wie verhindert man, dass man dann bei „klassischer sozialdemokratischer“ Politik stehen bleibt?

Nur zwei Beispiele: Wir schützen das öffentliche Eigentum und bauen es aus. Und seit 27 Jahren haben wir eine Gehaltsobergrenze, der Rest geht an Menschen in Notlagen. Über

4 Millionen Euro, davon über 1,3 Mio. Euro von meinem Gehalt, sind auf diese Weise zusammengekommen.

Manche Partei-Beobachter in Deutschland äußerten die Sorge, dass die Partei-Basis der KPÖ im Vergleich zur Spitze nur wenig mitbestimmen kann, und dass man sich thematisch zu sehr verengt. Was denken Sie darüber mit Ihren Erfahrungen aus Graz?

Die Grazer und die steirische KPÖ haben einen ausgeprägt basisdemokratischen Zugang. Alle wichtigen Parteikonferenzen sind für alle Mitglieder zugänglich, alle haben ein Stimmrecht und wir entwickeln unsere Politik als Kollektiv und nicht von oben herab. Wir haben in Graz viele junge Mitglieder, die sich auch aktiv einbringen, bei Aktionen und als gewählte Mandatar:innen ebenso wie innerhalb der Partei.

Welchen Rat würden Sie anderen linken Parteien oder linken Stadtregierungen mitgeben?

Vorab: Eine allgemeingültige Blaupause gibt es nicht. Berlin ist nicht Graz. Selbst innerhalb eines Bundeslandes unterscheiden sich Mentalitäten. Wir sind selbst letztlich immer Lernende. Am Ende ist das Wichtigste, auf dem Boden zu bleiben. Das bedeutet auch, die Menschen so zu nehmen, wie sie sind – und nicht so, wie wir sie als Kommunisten gerne haben würden. Auch wenn jemand bei einem Thema eine andere Meinung hat als ich, kann ich ihm ohne Überheblichkeit, Belehrung oder Arroganz begegnen. Menschlich zu bleiben und an der Seite der arbeitenden Bevölkerung – das ist zentral.







*Du möchtest dich auch einbringen
und bei der KPÖ mitmachen?*

Kontaktiere uns!

 mitmachen@kpoe-steiermark.at

 [0316/71 24 79](tel:0316/712479)

 www.kpoe-steiermark.at